



Impressum:

Erstauflage in Buchform (08-2008):

ANVEMA Ltd.
Stuttgarter Straße 1
71665 Vaihingen
Preis: 8,95 € / ISBN: 978 3 837 042 108

Autor:

Bernd M. Schmid

Copyright by Bernd M. Schmid

<http://finanz-punk.de/>

»Umschlagtext«

Spätestens seit dem 12. Juni 2008, als die Iren gegen den EU-Reformvertrag – auch als Vertrag von Lissabon bezeichnet – gestimmt haben, stellen sich immer mehr Menschen in ganz Europa und in Deutschland die folgenden Fragen:

Warum werden die Iren zum Vertrag von Lissabon befragt und wir nicht?

Was wissen wir und unsere so genannten »Volksvertreter« über den EU-Reformvertrag?

Stimmt es, dass uns durch den Vertrag von Lissabon folgende Änderungen erwarten?

- Totalverlust der Mitbestimmung durch die Völker
- Verlust unseres Grundrechtsschutzes
- Verlust der Meinungs- und Pressefreiheit
- Der Niedergang der deutschen Wirtschaft
- Einführung der Todesstrafe

Unsere Politiker betonen immer und immer wieder, dass der Vertrag von Lissabon sehr wichtig für die wirtschaftliche Entwicklung Europas wäre. Wer profitiert also dadurch? Die Wirtschaft? Die Manager? Die Finanzimperien? Und was ist mit den Völkern Europas?

Ist der Vertrag ein Fass ohne Boden, bei dem wir ständig dafür bezahlen, dass wir von Brüssel aus mit unsinnigen Vorschriften und Gesetzen überschüttet werden?

Haben wir nicht das Recht, die Hintergründe und Wahrheiten über den Vertrag von Lissabon zu erfahren?



»Ein sonniger Tag auf der AIDA«

Wieder einmal befinde ich mich auf der AIDA und dieses Mal haben wir uns für eine Golfstaaten-Kreuzfahrt entschieden und heute vor Dubai geankert. Sollten Sie mein Buch **»Staatsgeheimnis 2009 – Anfang oder Ende?«** nicht gelesen haben, dann wissen Sie natürlich nicht, warum ich mich auf der AIDA aufhalte. Deshalb werde ich es Ihnen ganz kurz erklären:

Die Gründe für meinen Aufenthalt auf der AIDA hatte mir unsere Gesundheits-Ministerin Ulrike Schmitz geliefert: Durch die Gesundheits- und Rentenreform sind die durchschnittlichen Kosten für einen Altersheimplatz auf 200,- € pro Tag gestiegen! Als Rentner bezahle ich für eine Langzeitreise auf der AIDA nur 135,- € pro Tag – das ist kein Witz! Nach Adam Riese bleiben mir dann noch 65,- € pro Tag übrig und habe gegenüber dem Altersheim noch weitere entscheidende Vorteile:

1. Habe ich mindestens 10 freie Mahlzeiten, wenn ich in eines der Bordrestaurants wackelte oder mir das Essen vom Zimmerservice auf das Zimmer, also in die Kabine bringen lasse. Ich kann mir auch jeden Tag mein Frühstück aufs Zimmer bringen lassen und im Bett zu mir nehmen, wenn ich das will!

2. Die AIDA hat drei Swimmingpools, einen Fitnessraum, freie Benutzung von Waschmaschine und Trockner und jeden Abend finden verschiedene Shows statt, die ich – kostenlos – besuchen kann!

3. Auf dem Schiff bekomme ich alle Pflegeartikel wie Zahnpasta, Rasierer, Seife und Shampoo – kostenlos.

4. Das Personal behandelt mich wie einen König und nicht wie einen Patienten und für 15,- € Trinkgeld extra pro Tag lesen mir die Stewards jeden Wunsch von den Augen ab.

5. Alle acht bis vierzehn Tage lerne ich neue nette Menschen kennen. Auch am heutigen Tage sollte ich eine sehr sympathische, junge Dame treffen...

6. Wenn mein Fernseher oder eine Glühbirne mal defekt sind oder die Matratze ist mir zu hart oder zu weich, dann behebt das Personal den Fehler sofort – kostenlos natürlich – und bedankt sich bei mir für mein Verständnis.

7. Frische Bettwäsche und frische Handtücher jeden Tag sind selbstverständlich. Und ich muss nicht einmal danach fragen.

8. Wenn ich im Altersheim die Treppe runter fallen und mir eine Rippe breche würde, dann kämme ich ins Krankenhaus und müsste gemäß der neuen Krankenkassenreform täglich kräftig zubezahlen. Passiert mir das auf der AIDA, dann bekomme ich für den Rest der Reise eine Suite und werde vom Bordarzt persönlich und kostenlos behandelt.

9. Habe ich noch von keinem Fall gehört, bei dem zahlende Passagiere eines Kreuzfahrtschiffes vom Personal bedrängt oder gar misshandelt worden wären. Auf Pflege- und Altersheime trifft das allerdings nicht im gleichen Umfang zu.

10. Mit der AIDA kann ich nach Mittelamerika, Afrika, Australien, Japan, Asien oder an einen anderen wunderschönen Fleck dieser Erde reisen. Darum ist es auch vollkommen zwecklos, lieber Verfassungsschutz und andere Behörden in Deutschland, denen die Tatsachen in meinen Büchern nicht besonders gefallen, mich in einem Altersheim in Deutschland zu suchen!

11. Auf der AIDA spare ich jeden Tag 50 Euro und muss nicht einmal mehr für meine Beerdigung ansparen. Mein letzter Wunsch ist nur: **»Werft mich einfach über Bord, wenn ich sterbe.«** Das wäre nämlich dann auch kostenlos.

12. Ich kann entspannen, Kraft tanken, die Ereignisse in Deutschland aus der Ferne betrachten und in Ruhe meine Erfahrungen und Gedanken für meine nächsten Bücher niederschreiben.

Nun liegen wir also vor Dubai. Dubai ist mittlerweile bekannt als ein Mix aus Orient und Moderne. Hier treffen die muslimische Tradition und die »Moderne Welt«, Wüste und Weltstadt-Skyline, Beduinentum und Hightech-Luxus auf beeindruckende Art und Weise aufeinander. Leider müssen wir auf dieser Kreuzfahrt auf die Landgänge verzichten, denn während einer früheren Anwesenheit auf der AIDA, hatten wir auch Israel besucht und leider wird einem Passinhaber, dessen Pass mit einem Visum von Israel abgestempelt wurde, in einem Staat der Vereinigten Arabischen Emirate – und dazu gehört Dubai nun mal – ein Landbesuch verweigert. Die Gründe hierfür brauche ich jetzt sehr wahrscheinlich nicht zu verdeutlichen und dennoch finde ich es sehr schade, dass ein friedliebender Weltenbummler, wie ich es einer bin, auf Grund von politischen Differenzen, für die eine handvoll Menschen auf unserer wunderschönen Erde verantwortlich ist, so seiner Freiheit beraubt wird.

Ändern kann ich im Moment nichts daran, wünsche mir aber, dass wir alle eine Zeit erleben, in der die Völker dieser Erde friedlich mit- und füreinander leben.

Es bleibt mir also nichts anderes übrig als an Bord zu bleiben. Während ich einen kühlen Cocktail an der Pool-Bar genieße, kommt plötzlich eine junge Frau, mit einer langen, blonden Lockenpracht, rehraunen Augen und einem einzigartig lasziven Blick, süßem Schmollmund und einer sehr erotischen Ausstrahlung, auf mich zu. Dazu noch ein wundervoller, perfekter, nicht modifizierter Körper. Nicht modifiziert?

An ihr ist alles echt. In ihrem traumhaft schönen Körper ist einfach kein Platz für Silikon und Botox. Ihre weiblichen Formen und ihre samtweiche Haut sind ein von Gott gegebenes Geschenk. Jeder Kunstmaler würde sich die Finger nach einem solchen Aktmodell lecken, weil er mit dieser Vorlage ein Jahrhundertkunstwerk entstehen lassen könnte. Ich wünsche mir in diesem Moment nichts mehr als dieser Kunstmaler zu sein und erwache erst wieder aus meinem Tagtraum, als sie vor mir steht und sagt: »Sind Sie nicht Bernd M. Schmid, der Bücher und Artikel über die politische und rechtliche Situation in Deutschland schreibt?«

»Ja!« ist alles, was in diesem Moment über meine Lippen kommt.

»Mein Name ist Carina.« sagt sie, während sie mir ihre Hand entgegenstreckt. »Ich möchte nicht aufdringlich erscheinen, aber darf ich mich einen Moment zu ihnen setzen. Es gibt da nämlich ein paar Dinge, die ich nicht verstehe und auf die ich sehr gerne ein paar Antworten hätte.«

»Bitte. Nimm Platz und nenne mich einfach Bernie.«

»Danke, Bernie. Seit einigen Wochen verfolge ich die politischen Ereignisse in der Europäischen Union und stelle mir seit dem 12. Juni 2008 die Frage, warum in Irland eine Volksabstimmung zum Vertrag von Lissabon – auch EU-Reformvertrag genannt – durchgeführt wurde und in den anderen Mitgliedstaaten der EU das Volk nicht befragt wird.«

»Was weißt Du denn über den Vertrag von Lissabon?«

»Nur das, was wir alle immer und immer wieder von unseren »Volksvertretern« hören: Der Vertrag wäre wichtig, damit die EU handlungsfähiger wird und so ähnliche Aussagen. Die erzählen alle irgendwie immer das Gleiche. Als ich dann verschiedene Interviews mit irischen Bürgern gehört und gelesen habe, die befragt wurden, weil das irische Volk den EU-Reformvertrag in einer Volksabstimmung abgelehnt hat, bin ich auf Grund einer Aussage sehr stutzig geworden. Da sagte eine junge Frau: »Ich kann doch nicht einem Vertrag zustimmen über dessen Inhalt ich nicht richtig informiert worden bin.«

»Und was hast Du dann gemacht?«

»Dann habe ich mich auf den Weg zum Flughafen gemacht, weil ich eine Kreuzfahrt auf der AIDA gebucht habe!« Während sie das sagte, glänzten ihre wunderschönen, rehbraunen Augen wie die eines kleinen Kindes, das gerade einem Schmetterling hinterher jagt. »Allerdings hatte ich die Möglichkeit, ein bisschen über das Bord-Internet der AIDA zu recherchieren und habe gelesen, dass der deutsche Bundestag den Vertrag von Lissabon – so bezeichnet, weil die Staats- und Regierungschefs sowie die Außenminister der EU diesen am 13. Dezember 2007 in Lissabon unterzeichnet haben – ratifiziert hat. Außerdem habe ich in diesem Artikel gelesen, dass jetzt noch der Bundesrat zustimmen muss und wenn das geschieht, wird dieser EU-Reformvertrag ab dem 01. Januar 2009 rechtsgültig sein. Glaubst Du, dass der Bundesrat zustimmen wird?«

»Davon können wir ausgehen und ich glaube, dass dies mit einer eindeutigen Mehrheit geschehen wird.«

»Dann habe ich noch gelesen, dass sich Frau Merkel im Rahmen ihres Besuchs beim EM-Spiel Österreich gegen Deutschland in Wien mit ihrem österreichischen Amtskollegen Alfred Gusenbauer getroffen hat. Nach Agenturberichten wurde dabei über die Krise nach dem »Nein« der Iren zum EU-Reformvertrag gesprochen. Außerdem hatte Frau Merkel zuvor in Danzig nach einem Gespräch mit dem polnischen Ministerpräsidenten Donald Tusk erklärt, die EU brauche den Vertrag von Lissabon, um arbeitsfähig zu sein. Des Weiteren verwies Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier bei einem Ministertreffen in Luxemburg auf die Möglichkeit einer zweiten

Volksabstimmung in Irland wie 1992 in Dänemark. Damals hatten die Dänen Ausnahmeregelungen zugestanden bekommen und später in einem zweiten Referendum mit Ja gestimmt. Außerdem sagte Luxemburgs Ministerpräsident Jean Claude Juncker in einem Zeitungsinterview, dass er jetzt mit einer deutlichen Verzögerung beim EU-Reformvertrag rechne. Was ich hier wieder überhaupt nicht verstehe, ist, warum werden die Iren und die Dänen befragt **»und wir nicht«**, und warum werden mit einem Land wie Dänemark Ausnahmeregelungen vereinbart?«

»Dazu werde ich Dir gleich etwas erzählen. Weißt Du, dass der EU-Reformvertrag, wenn er rechtsgültig ist, über dem »Grundgesetz für die BRD« stehen wird?«

»Nein. Das habe ich nicht gewusst. Aber darüber liest und hört man in den Medien überhaupt nichts. Es wird auch nicht über die Inhalte und die Folgen für die Bürger Deutschlands und Europas des Vertrags von Lissabon berichtet.«

»Das ist von politischer Seite auch absolut sinnvoll, denn mit Hinterlist und Heimtücke hat Frau Merkel mit dem EU-Reformvertrag die abgelehnte Verfassung den dummen, deutschen Bürgern wieder vorgesetzt und damit das »blöde Wählervolk« nicht noch auf die Idee kommt, mal nachzuhaken, was da eigentlich wirklich drin steht, wird in den **»kontrollierten und gleichgeschalteten Medien«** einfach nicht über die Hintergründe und Wahrheiten berichtet.«

»Du kennst mich noch nicht, Bernie. Ich gehöre nämlich nicht zum »blöden Volk« und wenn mich etwas brennend interessiert, dann hake ich nach und stelle solange Fragen, bis ich die Zusammenhänge verstanden habe. Ich habe vorhin noch ein bisschen weiter gegoogelt und bin auf einen sehr interessanten Bericht von ARD Magazin Panorama gestoßen, indem verschiedene Abgeordnete des Deutschen Bundestages, die dem Vertrag zugestimmt haben, über diesen befragt wurden.

Sie sollten das Vertragswerk kennen und beispielsweise wissen, was der Vertrag in Puncto demokratische Rechte des ganz normalen Menschen bedeutet. Die erste ganz einfache Frage, die gestellt wurde, war:

»Gibt es auf EU-Ebene die Möglichkeit für ein Bürgerbegehren?«

Der FDP-Außenexperte Gerhard antwortete: »So weit ich weiß, Nein.« Der CDU-Außenexperte Friedbert Pflüger wusste: »Auf EU-Ebene glaube ich nicht!« Horst Schild von der SPD sagte dazu ganz einfach: »Nein!« und Ernst Reinhard Beck von der CDU antwortete auf die sehr einfache Frage: »Nein. Das ist nicht der Fall!«. Ein anderer CDU-Außenexperte Joachim Hörster nahm sogar das Wort Verfassung in den Mund:

»Die Verfassung regelt nicht das Bürgerbegehren, weil das alleine national-staatliches Recht ist!« Die richtige Antwort auf die Frage, ob es auf EU-Ebene die Möglichkeit eines Bürgerbegehrens gibt ist: **Ja! Mit einer Million Unterschriften.**

Was wissen unsere so genannten »Volksvertreter« denn überhaupt über den EU-Reformvertrag? Und was ist eigentlich der Unterschied zwischen einem Vertrag, einem Grundgesetz und einer Verfassung? Kannst Du mir das bitte erklären?«

»Sehr gerne. Ein Vertrag koordiniert und regelt das soziale Verhalten durch eine gegenseitige Selbstverpflichtung. Er wird freiwillig zwischen zwei – oder auch mehr – Parteien geschlossen. In einem Vertrag verspricht jede Partei der anderen, etwas Bestimmtes zu tun oder zu unterlassen und damit eine von der anderen Partei gewünschte Leistung zu erbringen. Dadurch wird die Zukunft für die Parteien berechenbarer. Der Vertrag von Lissabon ist also **freiwillig** und wenn Du sagst, dass das Volk dazu befragt werden muss, dann hast Du vollkommen Recht, denn es geht ja schließlich um deren, also um unsere, Zukunft.«

»OK. Und was ist ein Grundgesetz?«

»Das Völkerrecht bezeichnet ein Grundgesetz als ein Gesetz, das in einem militärisch besetzten Land für Ruhe und Ordnung zu sorgen hat!«

»Aber...? Das Grundgesetz für die BRD ist aber doch unsere Verfassung...?«

»Das wird uns immer wieder von politischer Seite vorgegaukelt, allerdings kann eine Verfassung nur vom Volk eines Staates in freien und geheimen Wahlen gewählt werden. Wenn sich die Mehrheit für den Vorschlag der jeweiligen Verfassung entscheidet, dann entsteht ein neuer Staat! Eine andere Möglichkeit gibt es nicht, da das Grundprinzip aller demokratischen Staaten heißt:

Alle Macht geht vom Volke aus!«

»Wir werden also in Deutschland nicht gefragt, weil wir, also das Volk, überhaupt nichts zu sagen haben, weil wir immer noch durch die Besatzungsmächte fremd-regiert werden?«

»Ganz genau. Und das wird so lange so bleiben, bis Artikel 146 in seiner Urfassung vom 23. Mai 1949 des Grundgesetzes für die BRD umgesetzt wird:

»Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.«

»Das hätte ja dann spätestens im Zuge der so genannten Wiedervereinigung im Jahre 1990 geschehen sollen?«

»Richtig. So wie es aussieht wurde diese Wahl einer eigenen Verfassung von politischer Seite einfach unterschlagen.«

»Dann sollten wir gemeinsam dafür sorgen, dass dieser Artikel 146 des Grundgesetzes endlich umgesetzt wird. Ich hab da auch schon eine Idee... Doch zuvor möchte ich noch einmal die Frage aufgreifen: Was wissen unsere so genannten »Volksvertreter« denn überhaupt über den EU-Reformvertrag?«

»Wir sollten davon ausgehen, dass sie nach bestem Wissen und Gewissen für den Vertrag stimmten, der zukünftig für über 500 Millionen Menschen in Europa bindend sein soll. Ihr Gewissen mag rein sein, doch ihr Wissen ist nicht unbedingt das Beste.«

»Da hast Du Recht, denn die in dem Panorama-Bericht befragten Politiker wussten überhaupt nichts, denn die zweite Frage, die gestellt wurde war:

»In welchen politischen Bereichen hat der Deutsche Bundestag in Zukunft nichts mehr zu melden? In welchen Bereichen ist allein die EU zuständig?«

Und so antwortete Marga Elster von der SPD: »Das ist die europäische Verteidigungspolitik!« Nun Verteidigungspolitik ist vollkommen falsch!

Richtig ist: Zollunion, Wettbewerb im Binnenmarkt, Euro-Währungspolitik, gemeinsame Handelspolitik und der Erhalt der Meeresressourcen.

Hans-C. Ströbele von den Grünen sagte dazu: »Das kann ich Ihnen auswendig nicht sagen. Es sind auf jeden Fall sehr viele!« Ortwin Runde von der SPD: »Mir sind ehrlich gesagt keine richtig als ausschließliche Kompetenz bekannt!« Petra Rau von der PDS antwortete auf die Frage:

»Fallen Ihnen da zwei ein?«

»Das kann ich Ihnen jetzt so ganz konkret nicht beantworten!«

Und Silke Stokar wusste: »Ähhh, Bububu, Hahaha. Alleine die EU... Ich passe!« Du wirst das jetzt wahrscheinlich nicht glauben, aber Frau Stokar hat das tatsächlich so gesagt: »Ähhh, Bububu, Hahaha...« Schau Dir den Film einfach mal in Ruhe an. Du findest diesen ganz bestimmt auf YouTube. Die Abgeordneten des Bundestags zeigen hier eklatante Wissenslücken.«

»Spätestens jetzt wissen wir, dass Abgeordnete in Fragen des EU-Reformvertrags blind ihrer Fraktionslinie folgen und ohne zu hinterfragen einfach mit ihrem JA abnicken.«

»Es gab noch eine sehr einfache Frage:

»Welche Mehrheiten braucht es in der Regel, um im fernen Brüssel ein Gesetz zu verabschieden?«

Die richtige und sehr einfache Antwort lautet:

Es sind 55% der Stimmen der Mitgliedstaaten mit 65% der EU-Bevölkerung nötig, um im EU-Ministerrat ein Gesetz zu verabschieden!

Wieder wurde Marga Elster von der SPD befragt: »Ohhhh. Hahaha. In Zahlen und Prozenten habe ich mir das noch gar nicht überlegt!« Cornelia Pleper von der FDP meinte zu dieser Frage: »Ach jetzt werden Sie aber sehr detailliert am frühen Morgen.« Und Petra Rau von der PDS: »Oh. Da passe ich jetzt!« Auch Ernst Reinhard Beck von der CDU wurde dazu gefragt: »Das weiß ich nicht. Das muss ich im Einzelnen nachschauen!«

»Das zeigt doch ganz klar, dass wir davon ausgehen können, dass die meisten Parlamentarier des Deutschen Bundestags, die dem Vertrag von Lissabon zustimmten, wohl nicht im Ansatz wussten, was für einem Monster-Vertrag sie da zustimmten.«

»Da hast Du Recht. Welche Gefahren stecken denn hinter dem EU-Reformvertrag?«

»Europa wird ein Willkür- und Tyrannenstaat, ja eine Diktatur eines kleinen Kreises von EU-Politikern, der nicht einmal gewählt, sondern nur berufen wird! Das Recht und damit die Freiheit, insbesondere die Menschenrechte, sind im Zuge der Integrationsentwicklung in großer Gefahr oder sogar weitgehend schon verloren. Niemand ist bereit, den EU-Reformvertrag ernsthaft zu erörtern. Die Medien tun es im Großen und Ganzen nicht und Bundestag und Bundesrat eben auch nicht, trotz der Bemühungen einzelner Politiker. Zur Freiheit im weitesten Sinne, gehört auch das Eigentum, vor allem aber die großen Strukturprinzipien, welche die Freiheit stützen: Demokratie und Rechtsstaat, Sozialstaat und Föderalismus. Alle diese Prinzipien des Artikels 20 des Grundgesetzes für die BRD...

(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.

(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.

(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

...gehen mehr und mehr durch die europäische Integrationsentwicklung verloren und somit ist der EU-Reformvertrag ein Meilenstein der Entwicklung in den Unrechtsstaat. Er ist nicht einmal der Schlusspunkt, denn der Vertrag ist auf Weiterentwicklung angelegt. Und das wird auch geschehen. Beispielsweise ermöglicht die Bestimmung IV-445 des EU-Reformvertrages die vereinfachte Änderung dieses Vertrages und damit der zukünftigen »Verfassung« für 500 Millionen Menschen. Das betrifft die gesamte Wirtschaftspolitik mit Binnenmarkt, Währungsunion, Wettbewerbsrecht, bis hin zum Verbraucherschutz und Sozialpolitik, aber auch die Sicherheitspolitik in der Innenpolitik, den »Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts«. Diese gesamten Regelungen in Titel III Teil III des Vertrags können durch Beschluss der Staats- und Regierungschefs, also durch Europäischen Beschluss, geändert werden. Das Europäische Parlament wird dazu nur angehört, die nationalen Parlamente werden überhaupt nicht einbezogen und somit ist es ist ein »Ermächtigungsgesetz«. In diesem Vertragstext steht zum Beispiel, dass ein solcher, den Inhalt der Verfassung ändernder Europäischer Beschluss *"tritt erst nach Zustimmung der Mitgliedstaaten im Einklang mit ihren jeweiligen verfassungsrechtlichen Vorschriften in Kraft"*. Das klingt wunderbar, aber in Deutschland genügt die Zustimmung der Bundesregierung. Bundestag und Bundesrat sind überhaupt nur zustimmungsberechtigt, wenn völkerrechtliche Verträge geschlossen werden und die EU-Verfassung ist ein völkerrechtlicher Vertrag. Ein völkerrechtlicher Vertrag bedarf der Zustimmung beider Häuser, mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit. Ein Änderungsbeschluss hingegen ist aber kein völkerrechtlicher Vertrag, ermächtigt aber zur Änderung durch einen Europäischen Beschluss! Und wenn es kein Vertrag ist, dann genügt, wie bei der ganzen NATO-Rechtsprechung, im Prinzip die Zustimmung des Außenministers, denn die Auswärtige Gewalt ist grundsätzlich Sache der Bundesregierung. Das geht an der demokratischen Willensbildung vorbei. Es erfordert keine Volksabstimmung, auch nicht in Frankreich, Italien, Großbritannien und in einem anderen Mitgliedstaat der EU.

Es erfordert bei uns auch keine parlamentarische Beteiligung, denn das machen die Staats- und Regierungschefs mit den Präsidenten des Rates und der Kommission unter sich aus. Sie können wesentliche Teile des Vertrages von Lissabon insgesamt oder zum Teil ändern und sie werden das auch tun! Sehr bald schon!«

»Ein Ermächtigungsgesetz? Aber...«

»Ja! Ein Ermächtigungsgesetz! Ich muss Dich in diesem Zusammenhang noch ganz deutlich darauf aufmerksam machen, was ein Ermächtigungsgesetz ist und welche eventuellen Gefahren dieses Gesetz beinhaltet! Es ist ein Gesetz, welches der Union ermöglicht, Notverordnungen zu erreichen, mit denen sie dann in der Lage ist, Grundrechte außer Kraft zu setzen. Das letzte mal, das ein Ermächtigungsgesetz in Europa in Kraft getreten ist, war nach dem Reichstagsbrand, als Adolf Hitler vom Reichspräsidenten Hindenburg den Erlass von Notverordnungen nach Artikel 48 der Weimarer Verfassung erreichen konnte, mit denen er dann in der Lage war, Grundrechte außer Kraft zu setzen. Mit diesem Inkrafttreten des Ermächtigungsgesetzes begann im Deutschen Reich die national-sozialistische Diktatur...«

»Du sprichst von der EU-Verfassung, aber der EU-Reformvertrag ist doch keine Verfassung?«

»Das ist relativ einfach zu erklären. Dem Kinde wurde einfach ein neuer Name verpasst: Statt EU-Verfassung nennt man es jetzt eben EU-Reformvertrag. Das ist nichts anderes als ein neues Tarnmäntelchen, um es zu vermeiden, dass die Völker Europas bemerken, was die dunklen Mächte im Hintergrund mit ihnen vorhaben. Es ist tatsächlich eine bürgerfeindliche Mogelpackung, die da auf uns zukommt.

» Gratis e-Book: Der Vertrag von Lissabon «

Die EU-Verfassung hatte ja durch die Volksabstimmungen in Frankreich und Holland ein sehr deutliches **»Nein«** erhalten und deshalb wird nun der EU-Reformvertrag, der genau die gleichen Inhalte hat wie die ehemals geplante Verfassung hat, eingeführt.

Und um den Ärger einer erneuten Abwahl zu vermeiden, werden nun die Völker eben überhaupt nicht mehr gefragt. Schließlich müssen »anständige Politiker« sich ja irgendwie vor dem unberechenbaren »Stimmvieh« schützen, um ihre Ziele zu erreichen. Es zeichnet sich mehr und mehr ein Europa ab, welches von böartigen Kräften benutzt werden will und die deutschen Politiker sehen weder Gefahren noch Unheil, das auf uns in diesem Zusammenhang mit diesem Vertrag zukommt.«

»Die Menschen müssen informiert werden...«

»Frau Merkel quasselt fortlaufend, wie gut dieser Vertrag sei. Wie demokratisch die EU dann werden würde, nur wer die EU-Verfassung und den Vertrag von Lissabon gelesen und verstanden hat, dem stehen die Haare zu Berge! Wenn wir den Werdegang von Frau Merkel mal etwas genauer betrachten, dann wissen wir auch, warum sie so verbissen darum kämpft, dass der EU-Reformvertrag rechtsgültig wird. Angela Merkel, die von den NWO-gesteuerten Medien mit massivster Propaganda in die Kanzlerschaft gehievt wurde, hatte ihre Charakterlos-Prüfung bereits mit Bravour abgelegt. Erst diente sie sich um privater Vorteile wegen dem DDR-Sozialismus an, überwachte als IM Opponenten der DDR-Regierung und hetzte gekonnt als DDR-FDJ-Propagandistin (siehe Foto)...



... zur Vorbereitung der Jugend auf ihren Dienst in der Nationalen Volks-Armee (NVA), um an der Mauer-Grenze gezielt auf Flüchtlinge schießen zu lassen und nach den Massenprotesten in Leipzig (**»Wir sind das Volk«**) und dem Fall der DDR, wechselt sie flugs ihr Hemdchen und diente sich den neuen Herren an.«

»Neue Herren?«

»Sehr schnell merkte Merkel, dass die neuen Herren nicht mehr in Moskau, sondern in den U.S.A. saßen. Sie war wegen ihrer besonders fraglichen Charaktereigenschaften auf Veranlassung des obersten Chefs der US-Regierung eingeladen, der auch über den US-Präsidenten steht: Von David Rockefeller, der dem Council on Foreign Relations (CFR) und der CFR wiederum übersteht dem ACG – American Council on Germany, der seinerseits wiederum der Atlantik-Brücke e.V. übersteht. Sie wurde zusammen mit dem ebenfalls US-devoten Friedbert Pflüger (ebenfalls von der CDU) von den Chefs der Morgan-Chase zur absoluten Gehorsamkeit verpflichtet. Auf jeden Fall war die Akzeptanz durch den CFR, der auch der CIA übersteht, wichtig für Merkel, dass ihr alle möglichen Mitkonkurrenten aus dem Weg geräumt wurden. Schließlich war die CIA mit unter den Ersten bei der Erstürmung der Stasi-Zentrale – und damit war auch der Weg frei für jegliche Manipulation. Über das »Wegräumen« möglicher Konkurrenten der Frau Merkel, die sich als stets willige Ausführende für fremde Interessen gezeigt hat – jedenfalls alle anderen Interessen, nur nicht die der Deutschen – berichtet ausführlich die Schweizer Internet-Zeitung »Zeit-Fragen« in einem Artikel. Willst Du ihn lesen?«

»Natürlich möchte ich ihn lesen!«

**Angela Merkel, eine Neokonservative
als Präsidentin der Europäischen Union!**

von Thierry Meyssan, Journalist und Schriftsteller, Präsident des Réseau Voltaire, Frankreich

»Jetzt, da Angela Merkel für das erste Halbjahr 2007 die Präsidentschaft der Europäischen Union übernommen hat, kommt Thierry Meyssan auf den erstaunlichen Werdegang dieser Verantwortlichen für kommunistische Propaganda in der DDR zurück, die heute christ-demokratische Kanzlerin des wiedervereinigten Deutschlands ist. Er hebt ihre Verbindungen mit den Neokonservativen und ihre Vorstellungen einer US-amerikanischen Führerschaft in Europa hervor.

Angela Merkel wurde 1954 in Hamburg geboren. Kurz nach ihrer Geburt traf ihre Familie die ungewöhnliche Entscheidung, nach Ostdeutschland überzusiedeln. Ihr Vater, Pfarrer der lutheranischen Kirche, gründete wenig später ein Seminar in der DDR und übernahm die Leitung eines Behindertenheims. Er verzichtete auf jegliche öffentliche Kritik am Regime und genoss einen privilegierten sozialen Status: Er verfügte über zwei Autos und reiste oft in den Westen.

Angela Merkel ist eine brillante Studentin und schließt ihr Physikstudium mit dem Doktorat ab. Sie heiratet den Physiker Ulrich Merkel, von dem sie sich bald darauf wieder scheiden lässt. Später lebt sie mit Professor Joachim Sauer zusammen, selbst auch geschieden und Vater von zwei Kindern. Frau Merkel wird Forscherin in Quantenphysik an der Akademie der Wissenschaften. Gleichzeitig engagiert sie sich politisch bei der Freien Deutschen Jugend (FDJ), einer staatlichen Jugendorganisation. Sie steigt dort bis zur Sekretärin der Abteilung für Agitation und Propaganda auf und wird eine der wichtigsten Experten für politische Kommunikation in der sozialistischen Diktatur. Aus beruflichen und politischen Gründen reist sie oft in die UdSSR, vor allem nach Moskau, was durch ihre guten Russischkenntnisse erleichtert wird. Obwohl der Fall der Berliner Mauer schon lange erwünscht und vorbereitet wird, überrascht er im November 1989 alle Regierungen. Die CIA versucht die neuen Regierungsmitglieder selbst zu bestimmen, indem sie Verantwortliche des alten Regimes rekrutiert, die bereit sind, den U.S.A. zu dienen, wie sie früher der UdSSR dienten.

Einen Monat später wechselt Angela Merkel die Seite und schließt sich von einem Tag auf den anderen dem Demokratischen Aufbruch an, einer von den westdeutschen Christdemokraten inspirierten neuen Bewegung. Sie nimmt dort von Anfang an die gleiche Stellung ein wie vorher, außer dass ihr Posten nun den westdeutschen Begriffen angepasst wird: Sie ist nun »Pressesprecherin«. Bald einmal wird bekannt, dass der Vorsitzende des Demokratischen Aufbruchs, Wolfgang Schnur, ein ehemaliger Stasi-Mitarbeiter ist. Angela Merkel teilt diese schmerzliche Nachricht der Presse mit. Herr Schnur muss zurücktreten, was ihr ermöglicht, an seiner Stelle Vorsitzende der Bewegung zu werden.

Nach den letzten Parlamentswahlen der DDR tritt sie in die Regierung von Lothar de Maizière ein und wird deren Sprecherin, obwohl der Demokratische Aufbruch nur 0,9 Prozent der Stimmen erhalten hat. In dieser Übergangsperiode beteiligt sie sich aktiv sowohl an den »2+4-Gesprächen«, die der Aufteilung Berlins in 4 Sektoren und der alliierten Besetzung ein Ende setzen, als auch an den Verhandlungen zur deutschen Wiedervereinigung. Um, wie sie sagt, einen massiven Exodus von Ost nach West zu verhindern, setzt sie sich für den sofortigen Eintritt der DDR in die Marktwirtschaft und die D-Mark-Zone ein. Ihr Lebenspartner Joachim Sauer ist bei der US-amerikanischen Firma Biosym Technology angestellt. Er verbringt ein Jahr in San Diego (Kalifornien) im Labor dieser Firma, die für das Pentagon arbeitet. Er bleibt in der Folge Experte bei Accelrys, einer anderen für das Pentagon arbeitenden Gesellschaft in San Diego. Angela Merkel ihrerseits verbessert ihr Englisch, das sie von nun an bestens beherrscht.

Als die DDR in die Bundesrepublik und der Demokratische Aufbruch in die CDU übergeführt sind, wird Angela Merkel in den Bundestag gewählt und tritt in Helmut Kohls Regierung ein. Obwohl dieser sehr sittenstreng ist, wählt er diese junge Dame aus dem Osten, geschieden, ohne Kinder und im Konkubinat lebend, zu seiner Jugend- und Frauenministerin. Innert 14 Monaten hat sich die Verantwortliche für kommunistische Propaganda bei der DDR-Jugend zur christ-demokratischen Ministerin für Jugend in der Bundesrepublik gewandelt.

In dieser ersten Amtszeit hinterlässt sie jedoch eine sehr magere Bilanz. Ihre Karriere bei der CDU weiter verfolgend, versucht Angela Merkel erfolglos, sich als Regionalpräsidentin der Partei in Brandenburg wählen zu lassen. Lothar de Maizière, der Vizepräsident der nationalen Partei geworden ist, werden entfernte Kontakte zur Stasi vorgeworfen. Er muss demissionieren, worauf Frau Merkel ihn ersetzt. 1994 wird Klaus Töpfer, Minister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, zum Direktor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen ernannt, dies nach langen scharfen Angriffen der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK). Diese wirft Töpfer vor, die wirtschaftlichen Realitäten zu unterschätzen. Helmut Kohl beruft darauf seinen Schützling Angela Merkel an dessen Stelle, was zur Beendigung der Krise führt. Sofort nach ihrem Amtsantritt entlässt sie alle höheren Beamten, die ihrem Vorgänger treu geblieben sind. In dieser Zeit verbindet sie sich freundschaftlich mit ihrer damaligen französischen Amtskollegin Dominique Voynet. 1998 lässt Bundeskanzler Kohl die U.S.A. wissen, dass er der internationalen Intervention in Kosovo nicht zustimmt. Dies zur gleichen Zeit, zu der Gerhard Schröders Sozialdemokraten und Joschka Fischers Grüne Slobodan Milosevic mit Adolf Hitler vergleichen und zum humanitären Krieg aufrufen.

Die US-freundliche Presse wettet daraufhin gegen den Bundeskanzler los, indem sie ihm die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes nach der Wiedervereinigung anlastet. Die Christdemokraten werden in den Wahlen von 1998 von einer rot-grünen Welle weggespült.

Schröder wird Bundeskanzler und ernennt Fischer zum Außenminister. Bald darauf wird Helmut Kohl und seinem Umfeld vorgeworfen, geheime Gelder der CDU angenommen zu haben, aber er weigert sich, auf Grund eines Versprechens, die Namen der Spender bekannt zu geben. Angela Merkel veröffentlicht daraufhin eine Stellungnahme in der »FAZ«, um sich von ihrem Mentor zu distanzieren. Dadurch zwingt sie Helmut Kohl, sich aus der Partei zurückzuziehen, und kurz danach auch den neuen Vorsitzenden der CDU, Wolfgang Schäuble, zurückzutreten. Im Namen der öffentlichen Moral übernimmt sie so den Vorsitz der Partei. In der Folge passt sie sich der christdemokratischen Moral an und heiratet ihren Lebenspartner.

Von nun an wird Angela Merkel von zwei wichtigen Pressegruppen offen unterstützt. Sie kann auf Friede Springer zählen, der Erbin der Axel-Springer-Gruppe (180 Zeitungen und Zeitschriften, darunter Bild, Die Welt). **Die Journalisten der Gruppe müssen eine Verlagsklausel unterschreiben, die festlegt, dass sie sich für die Entwicklung der Transatlantischen Verbindungen und für die Verteidigung des Staates Israel einsetzen.**

Angela Merkel kann auch auf ihre Freundin Liz Mohn zählen, Direktorin der Bertelsmann-Gruppe, Nummer 1 der europäischen Medien (RTL, Prisma, Random House usw.). Frau Mohn ist auch Vizepräsidentin der Bertelsmann-Stiftung, die den intellektuellen Stützpfiler der euro-amerikanischen Verbindungen bildet.

Angela Merkel stützt sich auf die Ratschläge von Jeffrey Gedmin, der vom Bush-Clan speziell für sie nach Berlin geschickt wurde. Dieser Lobbyist hat zuerst für das American Enterprise Institute (AEI) unter der Direktion von Richard Perle und der Frau von Dick Cheney gearbeitet. Er ermutigt sie sehr, den Euro dem Dollar anzupassen. In der AEI hat er zuvor die New Atlantic Initiative (NAI) geleitet, die alle wichtigen amerikafreundlichen Generäle und Politiker Europas vereinte. Er hat auch am Project for a New American Century (PNAC) mitgewirkt und das Kapitel über Europa in diesem Programm der Neokonservativen verfasst. Dort schreibt er, dass die EU unter der Kontrolle der Nato bleiben muss und dass dies nur möglich sein werde, wenn »die europäischen Forderungen nach Emanzipation« geschwächt werden können. Gleichzeitig ist er auch Verwalter des CCD (Council for a Community of Democracies), der eine UNO der zwei Geschwindigkeiten fordert, und er übernimmt die Leitung des Aspen-Instituts in Berlin. Das Angebot seines Freundes John Bolton, Stellvertretender Botschafter der U.S.A. bei der UNO zu werden, lehnt er ab, damit er sich ganz der Betreuung von Angela Merkel widmen kann.

2003 vertraut das State Departement Jeffrey Gedmin und Craig Kennedy ein ausgedehntes Programm für »öffentliche Diplomatie« an, das heißt für Propaganda, welches unter anderem die geheime Subvention von Journalisten und Meinungsbildungsstellen in Westeuropa beinhaltet.

2003 widersetzt sich Gerhard Schröder der angloamerikanischen Operation im Irak. Angela Merkel veröffentlicht daraufhin eine Stellungnahme in der *Washington Post*, in der sie die Chirac-Schröder-Doktrin der Unabhängigkeit Europas zurückweist, ihre Dankbarkeit und Freundschaft gegenüber »Amerika« betont und den Krieg unterstützt.

Im Mai 2004 verwirrt sie die Situation, indem sie die Wahl des Bankiers Horst Köhler zum Bundespräsidenten durchsetzt, dem Hauptredaktor des Maastrichter Vertrags, dem Vertrag zur Einführung des Euro, und ehemaligen Präsidenten der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) und Direktor des IWF. Daraufhin lanciert sie eine »patriotische« Kampagne gegen den radikalen Islamismus. Während der ganzen Kampagne für die Bundestagswahlen von 2005 prangert sie die steigenden Arbeitslosenzahlen an und die Unfähigkeit der Sozialdemokraten, diese einzudämmen. Die CDU erhält daraufhin in den Umfragen einen Vorsprung von 21 Prozentpunkten.

In dieser Situation veröffentlicht ihr geheimer Berater Jeffrey Gedmin in »Der Welt« einen offenen Brief an sie. Nachdem er das deutsche Wirtschaftsmodell kritisiert hat, schreibt er weiter: »Bevor Sie das Land voranbringen können, müssen Sie diese Nostalgiker intellektuell überwältigen. Sollte Herr Sarkozy Herrn Chirac nachfolgen, wird Frankreich vielleicht einen Aufschwung erleben. Es wäre schade, wenn Deutschland weiter zurückfiele.«

Dieser Einladung folgend, gibt Angela Merkel endlich ihre Lösungsvorschläge bekannt. Sie schiebt einen ihrer Berater, den ehemaligen Richter am Verfassungsgerichtshof, Paul Kirchhof, vor und betraut ihn mit der Initiative »Neue Soziale Marktwirtschaft«. Sie kündigt den Stopp der Progression der Einkommenssteuer an: der Prozentsatz soll der gleiche sein für Bedürftige wie für Superreiche. Gerhard Schröder, der scheidende Bundeskanzler, kritisiert dieses Projekt in einer Fernsehdiskussion scharf. Der Vorsprung der CDU wird pulverisiert. Schließlich erhält die CDU 35% der Stimmen und die SPD 34%, der Rest verteilt sich unter den kleineren Parteien. Die Deutschen wollen Schröder nicht mehr, aber sie wollen auch Merkel nicht. Nach langwierigen und mühsamen Verhandlungen wird eine große Koalition gebildet: Angela Merkel wird Bundeskanzlerin, aber sie muss die Hälfte der Ministerposten an die Opposition abgeben.

Anlässlich der israelischen Intervention in Libanon setzt sie den Einsatz der deutschen Flotte durch, indem sie erklärt: »Wenn die Daseinsberechtigung Deutschlands darin besteht, das Existenzrecht von Israel zu garantieren, können wir jetzt, wo dessen Existenz in Gefahr ist, nicht untätig bleiben.«

Seit dem 1. Januar 2007 steht Angela Merkel der Europäischen Union vor. Sie macht aus ihrem Ansinnen keinen Hehl, Frankreich und die Niederlande zu zwingen, eine zweite Version des Entwurfs für eine europäische Verfassung anzunehmen, obwohl diese Länder eine erste Version in einem Referendum abgelehnt haben.

Auch verbirgt sie ihre Absicht nicht, das Projekt des Zusammenschlusses der nordamerikanischen Freihandelszone mit der europäischen zur Bildung eines »großen transatlantischen Marktes« den Vorstellungen von Sir Leon Brittan entsprechend wieder zu beleben.«

»Oh Gott. Das sieht ja so aus, als ob dem Vertrag nach die EU ein asoziales, neoliberales Gebilde werden soll und dem Bürger die Möglichkeiten einer Mitbestimmung gänzlich genommen werden?«

»Genau. Und die EU wird zu einer militaristischen Diktatur, in der jetzt schon wieder 1.000 Soldaten der Bundeswehr zusätzlich nach Afghanistan verlegt werden – mit verlängerter Einsatzzeit und einer Landbesetzung für voraussichtlich die nächsten zehn bis dreißig Jahre (so die Aussage des Abgeordneten Herrn Wimmer), und die, wie es im Artikel bei Politik-Global über Xavier Solana dargelegt wurde, eindeutig in Richtung Aggression und möglicher Angriffskriege zielt (möglich sogar mit Nuklearwaffen) und eindeutig Ambitionen in Richtung Kaspischem Meer zeigt. Allzu gerne richten EU-Politiker – darunter auch Deutsche – ihren begehrlischen Blick auf das Öl und Gas aus Kasachstan. Dies ließe sich für »Exportweltmeister Deutschland« mit entsprechend hohen Überschüssen in der Handelsbilanz – als frei verfügbare Währungsmengen – auch friedlich lösen, indem man für eine Ware einfach bezahlt – statt sie mit Waffengewalt zu holen.

Nun braucht niemand zu denken, die Wehrmacht – hm, pardon, die Bundeswehr würde mit Panzerkeilen die Ukraine und Russland durchqueren, um Kasachstan zu erreichen – aber so langsam und allmählich gewöhnt man die dortige Regierung schon einmal an den Anblick deutscher und amerikanischer Militärs... in einem Land der ehemaligen UdSSR!«



(Foto: Flugzeug der Luftwaffe der Bundeswehr auf dem Flughafen von Astana – Kasachstan / Aufnahme von Anfang Juni 2008)

»Einige Jahrzehnte lang war Russland, nachdem es von Rothschild/Rockefeller über die Finanzierung von Uljanow und Braunstein – bekannter unter den Namen Lenin und Trotzki – im Marxistischen Experiment zum Machtblock aufgebaut worden, die westliche Hauptmacht Deutschland in einem Krieg zu zerreiben. Mit den Folgen des provozierten ersten Weltkrieges, war der II. Weltkrieg eine kalkulierte logische Folge, während dessen die Sowjetmacht entsprechend seitens der U.S.A. mit Material unterstützt wurde. Nicht vorhergesehen war, in welchem Maß die UdSSR zum militärischen Machtfaktor wurde. Jedoch konnte mit der propagandistisch erzeugten Angst in Deutschland vor einer Invasion aus dem Osten, die Westzone bzw. die seitens des Alliierten Hochkommissariats durch eine folgsame Regierung verwaltete »Bundesrepublik Deutschland«, in eine vorbereitete Gemeinschaft getrieben werden: Die EU.

Die EU entspricht jedoch vollauf den Planungen, die einer Regierung durch ein zionistisches Finanz- und Macht-Kartell als Diktatur gleicht. In der EU, in der erst in Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden die Verfassung abgelehnt wurde, wurde einem mauschelnden »Kasperletheater« gleich unter der Ratspräsidentschaft der Frau Merkel mit dem Lissabon-Vertrag ein Verwirrspiel gestartet, um dennoch unter dem Deckmäntelchen des Lissabon-Vertrages eben diese abgelehnte Verfassung den europäischen Bürgern überzustülpen – nur eben dieses Mal heimtückisch und hinterlistig durch so genannte »Volksvertreter«, die allem zustimmen, wenn sie denn nur ihren Posten und ihre Bezüge behalten. Ob man dies nun Bestechung, Korruption oder Erpressung nennt, ist unerheblich. Schon das Parteien- und Abgeordneten-System garantiert ein Demokratiedefizit, werden doch Abgeordnete in von der Partei von oben her aufgestellten Listen den Bürgern zur Wahl oktroyiert **und dem Wähler bleibt nur eine Wahl zwischen Teufel, Belzebub und Satan.**

»Du hast eben vom Alliierten Hochkommissariat gesprochen, das die »BRD« verwaltet.«

»Ja. Die »Bundesrepublik Deutschland ist ein von den West-Alliierten geschaffenes System, das über Pseudowahlen und Pseudoparteien eine Verwaltungsstruktur darstellt, die die Leitung des Landes durch das Alliierte Hochkommissariat verschleiert. So steht es ja auch in Artikel 133 des Grundgesetzes für die BRD: **Der Bund tritt in die Rechte und Pflichten der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes ein.**

So gesehen hat es NIE eine DDR gegeben – aber auch NIE eine BRD. Beide Verwaltungsgebilde waren eine Irreführung der Bevölkerung. Seit Kriegsende hat Deutschland keine Verfassung und Deutschland ist nach wie vor besetzt.«

»Deswegen sind immer noch US-Truppen in Deutschland stationiert?«

»Genau. Gemäß der Haager Landkriegsordnung sollten Deutsche eine Petition an die UNO einreichen, damit wir uns endlich eine Deutsche Verfassung abseits aller Marionetten-Parteien geben können.«

»Aber ist die UNO der richtige Platz?«

»Wohl kaum, denn die UNO ist ebenfalls ein Konstrukt von Rocke-fellers Council on Foreign Relations, also ein Instrument der U.S.A. und eben diese U.S.A. hält Deutschland immer noch besetzt.«

»Haben wir denn überhaupt die Chance auf eine eigene Verfassung?«

»Ja. Wir Deutsche haben laut Artikel 146 des Grundgesetzes für die BRD ein Recht darauf und können uns selbst eine Verfassung geben, um dann Freunde unter den Völkern zu finden, die kein Interesse an der Fortsetzung dieses Betruges »BRD« haben, sondern auf ausgleichende, beiderseitige Interessen bedacht sind. Gemäß Vertrag von Lissabon gilt jedoch jeder Deutsche, der eine Deutsche Verfassung anstrebt und sich aktiv dafür einsetzt, als Teilnehmer an einem Aufruhr. Was der EU-Reformvertrag im Falle eines Aufruhrs vorsieht, werde ich Dir später erzählen...«

»OK. Was passiert eigentlich mit dem »Grundgesetz für die BRD«, wenn der Vertrag von Lissabon rechtsgültig wird?«

»Im EU-Reformvertrag steht, dass »Europäisches Recht nationales Recht bricht« und das bedeutet, dass das »Grundgesetz für die BRD« dann nur noch untergeordneten Wert hat. Das europäische Recht hat dann Vorrang vor den Verfassungen aller Mitgliedstaaten.«

»Können wir irgendetwas dagegen unternehmen?«

»Die einzige Lösung wäre eine erhebliche Stärkung der Referenden. Wir finden in unserem Parteienstaat nur wieder zu demokratischen Strukturen zurück, wenn endlich Volksabstimmungen zugelassen werden, auf die so oder so schon längst ein Anspruch besteht.«

»So wie es Artikel 20 des Grundgesetzes für die BRD verspricht: Alle Macht geht vom Volke aus! Welche Risiken beinhaltet der EU-Reformvertrag noch?«

»Wir werden die existentielle Staatlichkeit, also die unverzichtbare nationale Hoheit, im Bereich der Wirtschaft verlieren. Die Wirtschaftspolitik ist zum größten Teil und die Währungspolitik völlig der Union überantwortet. Im Bereich der Beschäftigungs- und Sozialpolitik sind uns dadurch die Hände gebunden. Wir werden die existentielle Staatlichkeit in Sachen des Rechts verlieren. Wir stehen im Begriff, durch den EU-Reformvertrag die Hoheit in der Innenpolitik, nämlich in Sachen der Polizei und der Justiz, zu verlieren. Das geht noch viel weiter als der europäische Haftbefehl. Auch in Sachen Verteidigungspolitik werden wir kaum noch etwas zu sagen haben. Durch die Integration in die NATO war Deutschland in Sachen Verteidigungspolitik nie souverän, aber jetzt geht die Hoheit auf diesem Gebiet gänzlich auf die Union über, die freilich an die NATO gebunden bleibt. Der Europäische Rat kann die gemeinsame Verteidigung beschließen und das nicht nur für den Einzelfall. Am schlimmsten ist es allerdings auf wirtschaftlichem Gebieten, wobei wir unsere Grundfreiheiten verlieren werden.

Die Dienstleistungsfreiheit, die Niederlassungsfreiheit und insbesondere die Kapitalverkehrsfreiheit. Das schlimmste, was wir uns antun konnten, ist die Kapitalverkehrsfreiheit aufzugeben, denn der Niedergang der deutschen Wirtschaft hängt zu einem Drittel damit zusammen.«

»Der Niedergang der deutschen Wirtschaft?«

»Ja. Wir haben uns alle Beschränkungen des freien Kapitalverkehrs verbieten lassen und uns selbst verboten. Nicht nur gegenüber Ländern der Europäischen Union, sondern gegenüber allen Ländern der Welt. Das ist in Artikel 56 des EU-Vertrags geregelt und das hat keiner unserer »Volksvertreter« erkannt. Dieses unbeschränkte Verbot ist seit 1994 unmittelbar anwendbar. Es ist die Kapitalverkehrsfreiheit, die uns hindert, Investitionspolitik zu betreiben, also jede Beschränkung des Transfers von Kapital, von Anteilsrechten des von uns erwirtschafteten Kapitals! Deutschland erwirtschaftet das stärkste Sparkapital, aber es wird am wenigsten in Deutschland investiert. Unser Kapital wird woanders investiert und das ist tödlich für Deutschland! Dieses kapitalpolitische Problem ist viel wichtiger als die lohnpolitischen und sozialpolitischen Probleme. Damit haben wir uns die Hände gebunden. Die deutsche Politik wird solange nichts bewirken können, bis wir einsehen und fordern: Entweder werden die »Grundfreiheiten« geändert und die Kapitalverkehrsfreiheit wieder zurückgegeben oder wir scheiden aus der Union aus. Sonst hat Deutschland wirtschaftlich in Zukunft keine Chance mehr. Jede andere Politik begleitet lediglich den wirtschaftlichen Niedergang zu Lasten der Bevölkerung. Die Shareholder machen auch im Niedergang Gewinne und dieser Niedergang ist zur Ausbeutung des Volkes bestens geeignet. Der deutschen Bevölkerung steht eine schwere Krise bevor, wenn die Regelungen und Rahmenbedingungen so bleiben wie sie sind. Eine Folge des völlig unregulierten Kapitalverkehrs ist auch, dass die Regierungen durch die Finanzmärkte erpressbar geworden sind, indem gewisse Fonds drohen, den Markt mit Regierungsanleihen zu überschwemmen. Es gab einen dieser spektakulären Fälle, als die Citigroup in London binnen zwei Minuten eine riesige Menge deutscher Staatsanleihen verkaufte. Und das zwar genau zu dem Zeitpunkt, als die Montagsdemonstrationen anfangen und vom damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder verlangten, Hartz IV zu modifizieren.

Weder die Bevölkerung noch die Abgeordneten haben gemerkt, dass wir mit diesem Artikel 56 die Möglichkeiten der Politik weitestgehend aufgegeben haben. Wir haben unsere Wirtschaftshoheit verschenkt. Das gilt übrigens auch für die Dienstleistungsfreiheit, die Entsendeproblematik und das Herkunftslandprinzip.«

»Herkunftslandprinzip?«

»Herkunftslandprinzip heißt, dass für lebenswichtige Tätigkeiten im Lande nicht mehr wir die politische Verantwortung übernehmen und haben, nicht mehr wir bestimmen können, wie die Lebensmittel beschafft werden, die Arbeitsverhältnisse gestaltet sind und vieles andere mehr, sondern irgendein anderes Land das regelt, auf dessen Politik wir keinen Einfluss haben. Das ist demokratisch untragbar! Durch die Rechtsprechung zur Niederlassungsfreiheit wird es möglich, dass Unternehmen in Deutschland Rechtsformen anderer Länder nutzen können, wie beispielsweise eine Société Anonyme, eine Limited Company oder ähnliches. Das hat der Europäische Gerichtshof durchgesetzt, was bedeutet, dass die Mitbestimmung der Deutschen am Ende ist! Das ist nur eine Sache, die aus der Rechtsprechung zum Herkunftslandprinzip folgt. Wenn jetzt irgendein »Private-Equity-Unternehmen« in der französischen Rechtsform SA (Société Anonyme) nach Deutschland kommt und Siemens oder Daimler übernimmt, dann haben diese Unternehmen am nächsten Tag kein Mitbestimmungsrecht mehr und das ist der Niedergang der deutschen Wirtschaft!«

»Und welche Rolle spielt der Europäische Gerichtshof in diesem »Spiel«?«

»Der Europäische Gerichtshof ist das Schlimmste bei alledem: Einer seiner Präsidenten hat selbst gesagt: **»Wir sind der Motor der Integration!«**

Der Gerichtshof ist mächtiger als alle anderen europäischen Institutionen, denn mittels der Grundfreiheiten kann er die gesamte Rechtsordnung umwälzen und hat das in weitem Umfang schon getan. Die Grundfreiheiten sind keine begrenzte Ermächtigung. Der Europäische Gerichtshof hat in Tausenden von Entscheidungen noch nicht einmal zu erkennen vermocht, dass ein Rechtsakt der Union grundrechtswidrig ist.

Die Richter des Europäischen Gerichtshofs finden immer alles in Ordnung, was die Kommission und der Rat machen. Außerdem sind die Richter für ihre Integrationsaufgabe von den Regierungen handverlesen und werden nicht demokratisch gewählt. Sie beziehen ein Grundgehalt von 17.000 Euro. Das ist fast das Dreifache dessen, was ein deutscher Abgeordneter verdient. Hinzu kommen noch verschiedene Spesen und andere Vergünstigungen. Solche Gehälter haben bekanntlich ein »Gschmäcke« und könnten als eine Art Bestechungsfunktion angesehen werden. Außerdem können die Richter wieder »gewählt« werden – jeweils für sechs Jahre – und das ist keine richterliche Unabhängigkeit! In 50 Jahren haben sie nicht einen Rechtsakt aufgehoben, weil sie ihn für verfassungs- oder grundrechtswidrig erklärten und deshalb ist vom Europäischen Gerichtshof kein Grundrechtsschutz zu erwarten.«

»Kein Grundrechtsschutz? Und was ist dann mit der Grundrechtecharta der EU? Da steht zum Beispiel: »Niemand darf zum Tode verurteilt werden, niemand darf hingerichtet werden.«

»Das wäre schön. Allerdings wird durch die Grundrechtecharta des EU-Vertrages das »Recht auf Leben« nicht mehr verlässlich gesichert und so ist unter bestimmten Voraussetzungen sogar wieder die Todesstrafe möglich. Zwar steht in Artikel II-62:

»Niemand darf zum Tode verurteilt werden, niemand darf hingerichtet werden.«

...,aber das ist nicht die Wahrheit! Und so komme ich wieder zu jenen Deutschen, die eine Deutsche Verfassung anstreben, sich aktiv dafür einsetzt und somit als Teilnehmer an einem Aufruhr beteiligen. In den Erläuterungen zu diesem Artikel, sozusagen versteckt im Kleingedruckten, schimmert dann auf Seite 434 aber durch, wie das zu verstehen ist. In den Erläuterungen finden sich unter Punkt 3 die Ausnahmen von der Regel:

Die Bestimmungen des Artikels 2 der Charta (2) entsprechen den Bestimmungen der genannten Artikel der EMRK und des Zusatzprotokolls. Sie haben nach Artikel 52 Absatz 3 der Charta (3) die gleiche Bedeutung und Tragweite.

So müssen die in der EMRK enthaltenen »Negativdefinitionen« auch als Teil der Charta betrachtet werden und im Vertrag von Lissabon steht genau derselbe Text!

a) Artikel 2 Absatz 2 EMRK:

»Eine Tötung wird nicht als Verletzung dieses Artikels betrachtet, wenn sie durch eine Gewaltanwendung verursacht wird, die unbedingt erforderlich ist, um...

- a) jemanden gegen rechtswidrige Gewalt zu verteidigen,*
- b) jemanden rechtmäßig festzunehmen oder jemanden, dem die Freiheit rechtmäßig entzogen ist, an der Flucht zu hindern,*
- c) einen Aufruhr oder Aufstand rechtmäßig niederzuschlagen.«*

und weiter

b) Artikel 2 des Protokolls Nr. 6 zur EMRK:

»Ein Staat kann in seinem Recht die Todesstrafe für Taten vorsehen, die in Kriegszeiten oder bei unmittelbarer Kriegsgefahr begangen werden; diese Strafe darf nur in den Fällen, die im Recht vorgesehen sind und in Übereinstimmung mit dessen Bestimmungen angewendet werden...«

Im EU-Reformvertrag steht, dass die Erklärungen zu den Grundrechten, die im Grundrechtekonvent unter Roman Herzog mit dem Text der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) übernommen und lange diskutiert worden sind, die gleiche Verbindlichkeit haben wie der Grundrechtstext selbst. In den Erklärungen kommt die Wahrheit ans Licht! Die Grundrechtecharta richtet sich, jedenfalls in den klassischen Grundrechten, nach der EMRK von 1950.

Damals war es wohl nicht anders möglich, als dass man den vielen Mitgliedstaaten des Europarates die Möglichkeit der Todesstrafe ließ. Deutschland hatte die Todesstrafe im Jahre 1949 gerade abgeschafft, aber Frankreich, Großbritannien und viele andere Staaten hatten sie noch und es wäre nie zu einer Menschenrechtserklärung gekommen, wenn man auf allgemeiner Abschaffung der Todesstrafe bestanden hätte. Doch nun wurde diese Erklärung von 1950 ganz bewusst übernommen, als maßgebliche Erklärung zur Grundrechtecharta. Darin steht zunächst, dass niemand zum Tode verurteilt oder hingerichtet werden darf. Noch einmal zur Verdeutlichung: **»Eine Tötung wird nicht als Verletzung dieses Artikels angesehen, wenn sie durch eine Gewaltanwendung verursacht worden ist, die unbedingt erforderlich ist, um jemanden gegen rechtswidrige Gewalt zu verteidigen!«** Also Notwehr!

»Jemanden rechtmäßig festzunehmen, oder jemand, dem die Freiheit rechtmäßig entzogen ist, an der Flucht zu hindern!« Das geht schon sehr weit, doch dann kommt der eigentliche Hammer:

»Einen Aufruhr oder Aufstand rechtmäßig niederzuschlagen.«

Das wäre eine Situation, wie in Leipzig im Jahre 1989, als die Menschen friedlich demonstrierend auf die Strasse gingen und so das »DDR-Regime« zur Aufgabe gezwungen haben. Oder eine mit Gewalt verbundene Demonstration, die als Aufruhr oder Aufstand angesehen wird. Es heißt weiter in der Erklärung: **»Ein Staat kann in seinem Recht die Todesstrafe für Taten vorsehen, die in Kriegszeiten oder bei unmittelbarer Kriegsgefahr begangen werden. Diese Strafe darf nur in den Fällen, die im Recht vorgesehen sind und in Übereinstimmung mit diesen Bestimmungen angewendet werden.«** Also ist die Todesstrafe in Kriegszeiten oder bei unmittelbarer Kriegsgefahr möglich. Einen Grundrechtsschutz des Lebens im Kriegsfall oder bei unmittelbarer Kriegsgefahr gibt es also nicht mehr. Weil es europäische Rechtsakte sein werden, sind sie nicht am deutschen Grundgesetz zu messen – Artikel 102 GG: »Die Todesstrafe ist abgeschafft«. Das heißt, die Todesstrafe ist möglich und sie wird kommen!«

»Ein Volk, das sich eine Verfassung geben will und somit eine bestehende Diktatur abschütteln will, begeht also einen Aufruhr?«

»Richtig erkannt. Die »BRD« ist kein Staat, sondern ein besetztes Verwaltungsgebiet des Alliierten Hochkommissariats. Will sich nun das Deutsche Volk eine Verfassung geben, die den Deutschen gemäß Artikel 146 GG zusteht – so wird dies nur im Widerspruch und Widerstand gegen die bestehende totalitäre Verwaltung möglich sein und das bedeutet Aufruhr, Aufstand und letzten Endes Bürgerkrieg.«

»Bürgerkrieg?«

»Kein Bürgerkrieg im üblichen Sinne. Es wird ein Auflehnen gegen die willigen Schergen der US-Diktatur und ihrer in Deutschland stationierten Militärs sein und damit ein Schäuble gleich im Vorfeld erkennt, wer diesem »internationalen Terrorismus« angehört, wurde im Bundestag das BKA-Gesetz eingebracht, günstig während der Fußball-Europameisterschaft, sodass die Bürgerschaft ganz andere Interessen haben als ein BKA-Gesetz. Wen interessiert denn nach einem 3:2 Sieg von Deutschland über Portugal noch, wenn es künftig heißt: Zulässig sollen sein: Videoüberwachung innerhalb privater Wohnungen, Online-Durchsuchung privater Computer-Festplatten, Telefonüberwachung... Das BKA darf erlangte Daten an jede öffentliche Stelle und an Geheimdienste »zur Abwehr einer erheblichen Gefahr« und zur Strafverfolgung weitergeben. Das gilt auch für Zufallsfunde...

Damit wird es in Deutschland und der künftigen EU möglich, Bürger bereits im Vorfeld bei bloßem Verdacht »aus dem Verkehr zu ziehen«. Das WIE bleibt dann Ermessenssache...«

»Oh Gott. Gibt es denn niemanden, der diese Missstände schon längst aufgedeckt hat?«

»Oh doch. Die anglo-amerikanischen Pläne hinsichtlich einer EU-Diktatur unter der Steuerung des CFR und des RIIA, d.h. David Rockefeller und Henry Kissinger, wurden schon seit langem seitens des KGB aufgedeckt.

Der Dissident und mehrjährige GULAG-Lager-insasse Bukovsky hatte nach Zusammenbruch der UdSSR im Jahr 1992 Zugang zu den Geheimpapieren des KGB erhalten. Er hat eine Reihe von Dokumenten per Hand-Scanner abscannen können. In einem Interview von Paul Belien mit Vladimir Bukovsky äußerte er, dass die EU dabei ist, nach anglo-amerikanischen Plänen eine Diktatur wie die frühere Sowjetunion zu werden. Die Sowjetunion sollte einen neuen Menschentypen schaffen: Den Sowjetmenschen, und genau das passiert jetzt mit der EU, man nennt sie die Europäer. Der Nationalstaat hat zu verschwinden. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion kamen jedoch all die Nationalitäten wieder zum Vorschein. Auf die Frage an Bukovsky, ob er meine, dass die EU eines Tages auch verschwinden könne, antwortete er mit dem Beispiel, dass man auf Menschen viel Druck ausüben könne – wie auf einer Feder, aber je mehr Druck man ausübt, desto stärker ist die Kraft, mit der sie zurückschnellt. Ich habe in meinem Laptop einen Auszug aus diesem Interview. Willst Du ihn sehen?«

»Sehr gerne!«

Paul Belien: *Aber alle Länder sind der EU freiwillig beigetreten.*

Valeri Bukovsky: *Nein, das sind sie nicht. Sehen sie sich Dänemark an, das zwei Mal gegen den Maastricht Vertrag gestimmt hatte. Sehen sie sich Irland an, das gegen den Nizza-Vertrag gestimmt hatte (und jetzt im Referendum gegen den Lissabon-Vertrag). Sehen sie sich die vielen anderen Länder an, sie stehen unter enormem Druck – es ist schon fast Erpressung. Die Schweiz musste fünf Mal in einem Referendum abstimmen, und alle fünf Male hatte die Schweiz dagegen gestimmt. Aber niemand weiß, was eine sechste und siebente Abstimmung bringen wird. Das ist ein Trick für Idioten. Die Menschen müssen so lange abstimmen, bis sie so abstimmen, wie man es von ihnen verlangt. Die Europäische Union ist das, was die Amerikaner eine Ehe unter Zwang mit Waffengewalt nennen würden.*

Paul Belien: *Was meinen sie, sollten die jungen Leute mit der Europäischen Union machen? Worauf sollten sie bestehen, die Institution demokratischer machen oder sie beenden?*

Vladimir Bukovsky: *Ich denke, dass die Europäische Union, so wie die Sowjetunion, nicht demokratisiert werden kann. Gorbatschow versuchte zu demokratisieren und es flog ihm alles um die Ohren. Diese Art von Struktur kann nicht demokratisch sein.*

Paul Belien: *Aber wir haben das Europa-Parlament, das von den Bürgern gewählt ist.*

Vladimir Bukovsky: *Das Europa-Parlament ist gewählt auf der Basis proportionaler Vertretung, was keine wirkliche Vertretung ist. Und worüber stimmt es ab? Über den Fettgehalt im Joghurt und solche Dinge. Das ist lächerlich. Es hat die gleichen Aufgaben wie der Oberste Sowjet. Der durchschnittliche Abgeordnete kann vor der Kammer sechs Minuten im Jahr sprechen. Das ist kein wirkliches Parlament. Was uns außerdem Besorgnis machen muss, ist die Tatsache, dass Deutschland anstatt 150 Sitzen (entsprechend der Einwohnerzahl) in diesem Parlament nur 90 Sitze zustehen.*

»Das ist alles sehr beängstigend...«

»Ich habe hier auch noch eine Niederschrift von Bukovskys Brüsseler Ansprache. Willst Du sie lesen?«

»Ich möchte alles wissen, mein lieber Bernie.«

Bukovskys Brüsseler Ansprache:

»Im Jahr 1992 hatte ich einen noch nie da gewesen Zugang zu Geheimdokumenten des Politbüros und des Zentral-Komitees, zu Dokumenten die heute noch als »Geheim« eingestuft sind und es für 30 Jahre bleiben werden. Diese Dokumente zeigen sehr klar die Idee, den Europäischen Gemeinsamen Markt in einen Bundesstaat umzubauen.

Einer Übereinkunft eines gemeinsamen Projektes entsprach zwischen den links gerichteten Parteien Europas und Moskaus (der Sowjetführer Michail Gorbatschow nannte es 1988-89 unser »gemeinsames Europäisches Haus«). Die Idee war sehr einfach. Sie entstand das erste Mal in den Jahren 1985-86, als italienische Kommunisten Gorbatschow besuchten, gefolgt von den Deutschen Sozialdemokraten. Sie alle beklagten die Veränderungen in der Welt, speziell nachdem Premierminister Margret Thatcher die Privatisierung und wirtschaftliche Liberalisierung einführte und drohte die Errungenschaften von Generationen von Sozialisten und Sozialdemokraten zunichte zu machen. Deshalb war es der einzige Weg diesem Um-Sich-Greifen von wildem Kapitalismus zu widerstehen, auf einmal die gleichen sozialen Ziele in allen Ländern einzuführen. Davor hatten sich die linken Parteien und die Sowjetunion gegen die europäische Integration gewehrt, denn sie nahmen es wahr als einen Versuch ihre sozialen/sozialistischen Ziele zu blockieren. Ab 1985 änderten sie komplett ihren Standpunkt. Die Sowjets kamen zu dem Schluss und zu einem Übereinkommen mit den linken Parteien, dass wenn sie zusammenarbeiten würden, sie das Europäische Projekt umdrehen könnten, anstatt eines offenen Marktes, daraus einen Bundesstaat zu machen.

Die Unterredungen, die geführt wurden, öffnen wirklich die Augen. Zum ersten Mal werden sie verstehen, dass es eine Verschwörung gibt, weil sie ihre geheimen Ziele zu retten versuchten. Im Osten brauchten die Sowjets eine Änderung ihrer Beziehungen mit Europa, denn sie kamen in eine vorgezogene und tiefe Strukturkrise. Im Westen jedoch fürchteten die linken Parteien ausgelöscht zu werden und an Ansehen zu verlieren. Es war eine Verschwörung, ganz offen von ihnen gemacht und im Einverständnis und ausgearbeitet.

Im Januar 1989 kam eine Delegation der Trilateral Commission um Gorbatschow zu treffen. Sie bestand aus Premierminister Yasuhiro Nakasone, dem ehemaligen Präsidenten Valérie Giscard d'Estaing, David Rockefeller und dem früheren Außenminister Henry Kissinger. Sie hatten eine längere Unterredung, bei der sie versuchten Gorbatschow zu erklären, dass sich Sowjet-Russland den Finanz-Institutionen der Welt öffnen müsse, wie die Gatt, dem IMF und der Weltbank.

In der Mitte der Unterredung ergriff Giscard d'Estaing das Wort und sagte: »Herr Präsident, ich kann ihnen nicht genau sagen, wann es geschehen wird, vielleicht in 15 Jahren, aber Europa wird ein Bundesstaat und sie müssen sich darauf einstellen. Sie müssen herausfinden wie sie mit uns und den europäischen Führern zusammenarbeiten, wie sie darauf reagieren und wie sie den anderen Osteuropäischen Ländern erlauben damit zusammenzuarbeiten oder selbst ein Teil davon zu werden, sie müssen darauf vorbereitet sein.«

Dies war im Januar 1989, zu einem Zeitpunkt als der Maastricht-Vertrag (1992) noch nicht unterzeichnet war. Wie konnte Giscard d'Estaing wissen, was in 15 Jahren geschehen würde?

Und Überraschung! Wie kam es, dass er der Autor der Europäischen Verfassung (2002-2003) wurde? Es riecht alles sehr nach Verschwörung.

Zum Glück für uns brach der Sowjetische Teil der Verschwörung zusammen und es kam nicht dazu, dass Moskau den Lauf der Geschehnisse beeinflussen konnte. Aber die originäre Idee war das, was sie Entsprechung nannten, wobei die Sowjetunion mehr sozial-demokratisch werden sollte und West-Europa mehr sozialdemokratisch /sozialistisch. Dann hätte Entsprechung geherrscht. Die Strukturen müssen übereinstimmen. Deshalb sind die Strukturen der Europäischen Union abgestimmt auf die Strukturen der Sowjetunion. Deshalb sind sie sich derart ähnlich im Aufbau und in der Funktionsweise.

Es ist kein Zufall, dass mich das Europäische Parlament an den Obersten Sowjet erinnert. Es sieht aus wie der Oberste Sowjet, denn es ist nach seinem Vorbild geplant worden. Ebenso, wenn sie sich die Europäische Kommission ansehen, sie sieht aus wie das Politbüro. Ich meine, dass es genau so ist, außer, dass die Europäische Kommission 25 Mitglieder hat und das Politbüro üblicherweise nur 13 oder 15 Mitglieder hatte. Davon abgesehen sind sie genau gleich, sie schulden niemandem Rechenschaft und werden von niemandem gewählt. Und wenn sie sich die verwunderlichen Aktivitäten der Europäischen Union ansehen mit ihren 80.000 Seiten von Bestimmungen, so sieht es aus wie Gosplan. Das war die Organisation, die alles in der Wirtschaft plante, bis zur letzten Niete und Schraube, fünf Jahre im Voraus. Und genau das gleiche passiert in der EU.

Wenn sie sich die Art der Korruption in der EU ansehen, dann entspricht sie genau dem Typ der Korruption in der Sowjetunion, die von oben nach unten geht, anstatt von unten nach oben.

Wenn sie alle Strukturen und Vorkehrungen der entstehenden Europäischen Union ansehen, werden sie feststellen, dass sie mehr und mehr der Sowjetunion gleicht – natürlich in abgemilderter Form. Missverstehen sie mich bitte nicht. Ich sage nicht, dass es Gulags (Synonym für ein umfassendes Repressionssystem in der Sowjetunion, bestehend aus Zwangsarbeitslagern, Straflagern, Gefängnissen und Verbannungsorten) gibt. Noch nicht! Es gibt keinen KGB, noch nicht, aber ich beobachte sehr aufmerksam die Strukturen von Europol. Es beunruhigt mich wirklich sehr, denn diese Organisation wird mehr Macht haben als der KGB. Sie werden diplomatische Immunität besitzen. Können sie sich den KGB mit diplomatischer Immunität vorstellen? Sie werden uns der Strafverfolgung von 32 Verbrechenarten unterziehen, von denen zwei besonders Besorgnis erregend sind: Rassismus und Xenophobie. Kein Gericht der Welt kennt derartige Straftaten. Sie stellen ein neues Verbrechen dar! Jemand von der Britischen Regierung sagte uns, dass diejenigen, die sich einer unkontrollierten Immigration (Einwanderung) aus Ländern der Dritten Welt widersetzen, als Rassisten betrachtet werden, und dass die, die sich der Europäischen Integration entgegenstellen, als Xenophoben betrachtet werden. Ich meine es war Patricia Hewitt die das sagte.

Wir sind jetzt gewarnt. Inzwischen wird mehr und mehr Ideologie eingeführt. Die Sowjetunion war ein Staat unter der Führung von Ideologie. Die heutige Ideologie der Europäischen Union ist sozialdemokratisch, staatlich und ein großer Teil basiert auf »political correctness«. Ich beobachte sehr aufmerksam, wie sich »political correctness« ausbreitet und zu einer Unterdrückungs-Ideologie wandelt, ganz abgesehen davon, dass Rauchen jetzt fast überall verboten ist. Sehen sie sich die Verfolgung des schwedischen Pastors an, der mehrere Monate lang verfolgt wurde, weil er sagte, dass die Bibel Homosexualität nicht erlaubt. Frankreich hat das gleiche Gesetz erlassen, das öffentliche Verurteilung von Schwulen verbietet. England erlässt Gesetze gegen öffentliche Verurteilung (Hass-Reden) bezüglich der Beziehungen zwischen Rassen und jetzt sogar gegen religiöse Reden, usw. Was sie jetzt beobachten können, ist eine Perspektive der Einführung von Ideologie, die später mit Mitteln der Unterdrückung verstärkt werden kann. Das scheint der eigentliche Zweck von Europol zu sein, denn wozu sonst braucht man diese? Mir erscheint Europol sehr verdächtig. Ich beobachte sehr genau, wer verfolgt wird und weshalb und was geschieht, denn das ist ein Bereich, in dem ich Experte bin. Ich weiß, wie Gulags plötzlich entstehen.

Es sieht so aus, als lebten wir in einer Zeit der schnellen, systematischen und sehr substantiellen Demontage der Demokratie. Sehen sie sich diese Gesetzgebungs- und Reformverfahren an. **Minister erhalten Gesetzgebungskompetenzen, um neue Gesetze erlassen zu können, ohne sich Sorgen machen zu müssen, dass das Parlament und die Bürger Europas dazu auch noch eine Meinung hätten...**«

»Wenn Nakasone, Giscard d'Estaing, David Rockefeller und Henry Kissinger bei Präsident Gorbatschow »auf der Matte standen« und diesen totalitären Zentralstaat EU schon vor 15 Jahren als unumstößliche Tatsache ankündigten, dann bedeutet dies doch, dass Stellen weit oberhalb der Regierungen längst entschieden haben, Europa in eine Diktatur zu verwandeln?«

»Das hast Du vollkommen richtig erkannt, meine liebe Carina. Und wenn für diesen totalitären Staat im Rahmen des Global Security Fund (Brüssel, 65 Billionen Euro) zur Verfügung gestellt wurden (zu implantierende Chips für die Bürger kosten Geld, Chips in Geldscheinen, Errichtung eines Geldsystems auf electronic-Basis ohne Bargeld, Aufbau der EU-Diktatur zu einer Militärmacht, usw. Wenn eben dieser gleiche David Rockefeller bei der Bilderberger-Konferenz in Bayern in 2005 sich von Merkel versprechen lässt, keinerlei Demokratie in Deutschland zuzulassen und dann erst den damaligen Kanzler Schröder wissen lässt, dass er plötzlich Neuwahlen »will«. Es ist trotz allen Sträubens ein Spiel mit vorgezeichnetem Ausgang. Es sei denn, dass in allen Ländern der EU die Bürger auf die Straße **gehen und streiken**. Die Regierungen haben dann immer noch die Möglichkeit, die eigenen Soldaten gegen die eigene Bevölkerung aufmarschieren zu lassen. Aber auch Polizei und Soldaten sind Bürger des Landes. Wie oft schon haben sich in der Geschichte Armeen gegen die Diktatur im eigenen Land gewehrt.«

»Bernie. Ich habe während Du gesprochen hast ein bisschen gegoogelt und die Meinung des tschechischen Präsidenten Vaclav Klaus dazu gefunden.«

»Na dann lass mal sehen...«

In der Rede von Vaclav Klaus während des kürzlichen Treffens der Mont Pelerin Gesellschaft warnte er vor den neuen Ersatzideologien des Sozialismus, wie »Europäismus« und Gefolgschaft zu den NGOs:

»Diese »-ismen« bedrohen seit geraumer Zeit Europa. Im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts sollten wir uns nicht ausschließlich auf den Sozialismus konzentrieren. Wir sollten uns nicht darauf konzentrieren, das Alte zu bekämpfen, die schon nicht mehr bestehenden Schlachten zu schlagen. Ich finde es lohnt dies zu betonen, selbst wenn ich damit nicht behaupte, dass Sozialismus sich definitiv überlebt hat. Ich meine es gibt wenigstens zwei gute Gründe, auch anderen Ideologien Beachtung zu schenken.

Der erste ist der Unterschied zwischen der harten und der weichen Form des Sozialismus und der zweite Grund ist das Entstehen eines neuen »-ismus«, der auf ebenso unfreien Ansichten beruht.«

Vaclav Klaus ist ein unbezwingbarer Verteidiger der Freiheit, Europas einziger Führer nach dem Vorbild von Lady Thatcher. *»Kommunismus, die harte Version des Sozialismus, ist vermutlich vorbei und führt nicht automatisch zu einem System das man gerne hätte oder darin zu leben wünschte. Fünfzehn Jahre nach dem Zusammenbruch des Kommunismus fürchte ich mehr als zu Beginn die weichere Version, die Sozialdemokratie, die unter verschiedenen Namen, z.B. dem Wohlfahrtsstaat der Sozialen Marktwirtschaft, das dominierende Modell des wirtschaftlichen und sozialen Systems der gegenwärtigen westlichen Zivilisation. Es beruht auf großer allmächtiger Regierung, auf ausgiebiger Regulierung menschlichen Verhaltens, auf einer breit angelegten Einkommensumverteilung.«*

Vaclav Klaus drängte die Mitglieder der MPS und alle freiheitsliebenden Europäer die zeitgenössische Version des weltweiten Sozialismus zu verstehen, *»da unsere alten Konzepte einige der entscheidenden Tatsachen dessen, was um uns herum geschieht, ausblenden. Wir können sogar feststellen, dass der fortlaufende Gebrauch des Wortes Sozialismus uns in die Irre führt.«*

»Unfreie Ideen werden formuliert und verbreitet unter dem Namen von Ideologien oder »-ismen«, die wenigstens formal oder nominell nichts mit dem altmodischen Sozialismus zu tun haben. Diese Ideen sind jedoch in vielerlei Hinsicht gleich zu ihm. Es gibt immer eine begrenzende oder einengende Form menschlicher Freiheit. Es gibt immer anspruchsvolle soziale Gestaltung. Es gibt immer eine unbescheidene »Verstärkung des Guten« von denen, denen es nutzt, um es anderen gegen ihren Willen aufzuzwingen. Es gibt immer eine Menge an Bevölkerung außerhalb üblicher demokratischer Methoden und es gibt immer das Gefühl der Überlegenheit bestimmter Gruppen, die Ersatz schaffen für einen Sozialismus mit anderen Ideologien – wie z.B. die Umwelt, Einschränkungen im CO2-Verbrauch – obwohl die Regierung Kohlekraftwerke bauen lässt. Heute heißt es: »Die Erde bewahren« und nicht mehr »die Freiheit bewahren«. Kommunitarismus ist nichts anderes als ein Post-Marxismus, der Privilegien für organisierte Gruppen schafft und damit auch eine Re-Feudalisierung für bestimmte Gruppen.«

»Hut ab, Herr Klaus. Er hat es genau auf den Punkt gebracht. Es ist im Prinzip das gleiche, wenn Herr Bukovsky die Strukturen und die Werteveränderung betrachtet und kritisiert und Herr Klaus sich ebenfalls nicht an demagogischen Schlagwörtern aufhält, sondern die Gesellschaften analysiert und die Mechanismen der Machtergreifung anprangert. Wir gehen in der EU mit Riesenschritten auf eine Diktatur zu, eine Diktatur, die von Kräften gewollt und geplant wurde, die über Geld und Macht verfügen. Dahinter stehen Organisationen wie: der CFR, das RIIA, die TLC, die Bilderberger – das heißt die Finanz-Mafia wie die Rothschilds, die Rockefellers, die Bronfmans, die DuPonts, Warburgs aber auch die englischen, holländischen, belgischen und spanischen Königshäuser und last, but not least auch die katholische Kirche.«

»Wir müssen etwas tun. Gibt es noch weitere Punkte über die die Bevölkerung informiert werden muss?«

»Die gibt es tatsächlich. Der EU-Reformvertrag erklärt des Weiteren, dass die Terrorismusbekämpfung gegenüber Drittstaaten selbstverständlich angestrebt wird. Das bedeutet nichts anderes, als ein möglicher Angriffskrieg gegenüber Nicht-EU-Ländern im Falle von Terrorismus und jedes EU-Land, das den Vertrag von Lissabon ratifiziert, also annimmt, wäre dann dazu gezwungen, an einem solchen Angriffskrieg mitzuwirken.

Das wäre also nicht mehr nur ein Verteidigungsbündnis Europas, sondern auch ein Angriffsbündnis aller EU-Mitgliedsstaaten.«

»Oh Gott. Das müssen die Menschen in Europa doch erfahren? Warum wird so etwas denn nicht in den Medien veröffentlicht?«

»Das wäre wünschenswert, doch auch die so genannte Medienfreiheit ist in der Grundrechtecharta der EU geregelt: »Die Medien und ihre Pluralität werden geachtet.«

»Was heißt denn: Geachtet?«

»Die Grundrechtecharta kennt etwa zwanzig verschiedene Verben für die Intensität des Grundrechtsschutzes: sicherstellen, gewährleisten, ein Recht haben, usw. »Ein Recht haben« ist schon sehr gut, aber »werden geachtet« ist in diesem Zusammenhang die schwächste Schutzzusage.«

»Was ist mit anderen Grundrechten?«

»Die Lehrfreiheit, auch ein Grundrecht, steht überhaupt nicht mehr im Text und zwar nicht aus Versehen, denn ihr Fehlen wurde öffentlich gerügt und diskutiert. Ein Bundestagsabgeordneter, der im Grundrechtskonvent saß, sagte: »Wir konnten die Freiheit der Lehre nicht durchsetzen.« So heißt es jetzt in der Grundrechtecharta: »Die Freiheit der Forschung und die akademische Freiheit werden geachtet.« Was akademische Freiheit ist, weiß keiner so genau. Bei der Lehrfreiheit wusste jeder, was das ist. Lehrfreiheit heißt, dass man niemandem vorschreiben kann, was er lehrt oder ihn wegen seiner Lehre zur Rechenschaft ziehen kann. Die Freiheit des Pults eines Hochschullehrers ist vom Bundesverfassungsgericht immer hochgehalten worden, doch jetzt wird sie durch die Politik torpediert. Noch gibt es sie, aber sie ist in größter Gefahr, denn die Lehrstühle werden auch immer mehr von privaten Geldgebern abhängig gemacht.«

»Ein weiteres Beispiel: Das Eigentumsrecht ist im EU-Verfassungsvertrag von der sozialen Frage gelöst. Im Grundgesetz ist das Grundrecht »Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet« in Artikel 14 verankert. »Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt. Eigentum verpflichtet, sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.« Die Sozialpflichtigkeit des Eigentums ist derzeit ein großes Thema und Eigentum heißt Privatnützigkeit und Sozialpflichtigkeit. Im EU-Reformvertrag steht das nicht mehr. Der Vertrag schafft eine neoliberale Verfassung und öffnet sich somit für den Neokapitalismus. Das Sozialprinzip ist weit zurückgedrängt.«

»Weiterhin werden z.B. die Rechte der »älteren Menschen« definiert und es stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, was ist ein »älterer Mensch«?, denn Einer ist immer älter als der Andere. Diese »älteren Menschen« haben nun ein Sondergrundrecht und das schließt mehr aus als ein! »Ältere Menschen« haben beispielsweise das Recht auf Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben. Das als Grundrecht zu definieren, ist eine Unverschämtheit! Das politische Leben wird nämlich nicht genannt und das nicht zufällig! Das soll das heißen, dass »ältere Menschen« – im Zweifelsfall werden sie einfach als »dement« abgestempelt – kein Wahlrecht mehr brauchen? Es sollte doch selbstverständlich sein: Wie alt ein Mensch auch sein mag, er hat immer dieselben Rechte. Es kann doch nicht aufs Alter ankommen. Eine Sonderregelung für »ältere Menschen« ist eine glatte Diskriminierung. Natürlich gibt es im EU-Reformvertrag gesonderte Regelungen für Jugendliche, Frauen und Männer.«

»Ich habe im Internet vor kurzem Mal etwas über den europäischen Haftbefehl gelesen. Was denkst Du darüber?«

»Das ist untragbar, weil er die Grundprinzipien des Rechtsstaates verletzt, nämlich den Schutz des Bürgers durch den eigenen Staat. so wurde ein wesentliches Grundrecht aus dem Grundgesetz gestrichen, nämlich: »Kein Deutscher darf ans Ausland ausgeliefert werden.« Jetzt ermöglicht der europäische Haftbefehl, dass jemand verhaftet und ausgeliefert wird, selbst wenn die Tat, die er begangen hat, in Deutschland nicht strafbar ist. Das ist eine Ungeheuerlichkeit.

Bisher galt der Grundsatz der Gegenseitigkeit: Es wurde nur ausgeliefert, wenn die Tat sowohl in Deutschland strafbar war, als auch im Ausland. Im Übrigen mussten die Strafen im Ausland angemessen sein, z.B. keine Todesstrafe. Mit der Einführung einer Europäischen Staatsanwaltschaft verlieren wir auch die Hoheit in Strafsachen – nicht völlig, aber weitgehend. Und das steht alles in dem Kapitel: Der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Das klingt wunderbar, aber genau das Gegenteil ist der Fall. Es bleibt nicht viel von Freiheit und Sicherheit und das Recht ist der größte Verlierer der europäischen Integration.«

»Genau genommen schafft der neue Artikel 33 Absatz 6 des Verfassungsvertrages über die EU eine Diktaturverfassung. Er ermächtigt den europäischen Rat, die Staats- und Regierungschefs mit dem Präsidenten der Kommission, dem Präsidenten des Rates die gesamten Regelungen eines bestimmten Teils, die gesamten innen-politischen Regelungen, die Sozialverfassung die Wirtschaftsverfassung, die Währungsverfassung, aber auch die Verbraucherregelungen, die Umweltregelungen und den gesamten Bereich des Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Das ist das Polizeirecht und das Strafrecht und viele andere Bereiche mehr. Praktisch die gesamten Politikbereiche außer der Außenpolitik ganz oder zum Teil zu ändern. Nur durch Beschluss.

Das Europäische Parlament wird dabei nur angehört, die Mitgliedsstaaten müssen nach ihren Verfassungen zustimmen, aber das bedeutet nur, dass die Regierungschefs zustimmen müssen. Nach der Regelung ist es völlig klar, dass die nationalen Parlamente an diesem Verfahren nicht beteiligt werden. Das ist für die zukünftige Politik eine hervorragende Lösung, denn wenn die deutsche Regierung zukünftig Polizeistaatsgesetze wie die Vorratsdatenspeicherung in Deutschland nicht durch das Parlament bekommt und deshalb von der EU als verpflichtend umzusetzende Richtlinie beschließen lässt, dann muss die deutsche Regierung zukünftig nicht mehr mit Peinlichkeiten bei der Umsetzung von verfassungswidrigen Richtlinien in nationales Recht rechnen. Wo Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Deutschland ohnehin nur eine Farce sind, soll es nun mit dem EU-Reformvertrag also auch den formaljuristischen Überbau einer Diktatur geben!«

»Ich habe das alles jetzt so verstanden. Mit dem Vertrag von Lissabon wird eine verbindliche Verfassung für über 500 Millionen Menschen in Euro geschaffen, die nicht demokratisch gewählt wurde, die von einem europäischen Volk ausgeht, das es gar nicht gibt und deren Inhalte zu tiefst demokratiefeindlich sind. Der Europäische Rat wird durch das vereinfachte Änderungsverfahren **ermächtigt** fast das gesamte bestehende Unionsrecht zu ändern. Eine Zustimmung des Europäischen Parlaments ist dann nicht mehr notwendig. Wo bleibt die Mitsprache der nationalen Parlamente? Wo bleibt die Volkssouveränität?«

»Nun der Bundestag hat die Möglichkeit die Flut von Gesetzesänderungen, die auf uns zukommen wird zu prüfen, ob freiheitlich-demokratische Grundsätze in diesen Gesetzestexten verletzt wurden. Wenn das der Fall ist, dann kann der Bundestag innerhalb von 8 Wochen eine Stellungnahme dazu abgeben und dem Europäischen Parlament vorlegen. Das in dieser kurzen Zeit die Landtage geprüft haben und der Bundesrat darüber beschlossen hat, ist wohl eher illusorisch.«

»Das wäre ja so, wie wenn ein Schüler bei einer Klausurprüfung ein Aufgabenblatt mit 1.000 Fragen vorgelegt werden würde und der Lehrer dann sagt: Sie haben 5 Minuten Zeit!«

»Das ist ein sehr schöner Vergleich, Carina.«

»Es kann doch nicht sein, dass die Völker der EU-Mitgliedsstaaten darüber nicht informiert werden? Es kann doch nicht sein, dass unsere Regierung – und alle anderen Regierung der Länder der EU, außer Irland, sagen, dass hier keine Volksabstimmung notwendig ist? Was können wir tun, Bernie?«

»Es muss allen Menschen guten Willens gelingen, gemeinsam durch friedliches Handeln etwas zu verändern. Letztendlich sitzen wir alle im selben Boot. Nur wenn alle wohlmeinenden Bürger der EU zusammenstehen, werden wir eine bessere Welt haben. Noch können es sich die Völker Europas herausuchen wohin das Schiffchen steuert. Ob es in eine Diktatur nie da gewesenen Ausmaßes oder in ein goldenes Zeitalter führt, liegt allein in unserer Hand!

Sorgen wir in Deutschland also dafür, dass der alte Artikel 146 des Grundgesetzes für die BRD umgesetzt wird und wir so durch eine vom Volk gewählte Verfassung jederzeit die Möglichkeit haben, das Volk entscheiden zu lassen und dass der Artikel 146 des Grundgesetzes in seiner Urfassung endlich umgesetzt wird:

»Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.«

»Liebe Carina. Ganz zu Anfang unseres Gespräches hast Du angedeutet, dass Du eine Idee hast. Lass mal hören!«

»OK. Meine Idee ist ganz einfach und ich könnte mir sehr gut vorstellen, dass sie von den Menschen auch genauso umgesetzt wird.«

»Als erstes werde ich Dich bitte, dass Du das, was Du mir heute erzählt hast in einem kleinen, übersichtlichen Buch, das die Menschen schnell lesen können, niederschreibst und dann unter dem Titel:

**»EU-Reformvertrag!«
Hintergründe und Wahrheit**

...veröffentlichst. Würdest Du mir das zusagen?«

»Ja. Das kann ich Dir zusagen.«

»Als nächstes werde ich einen sehr guten Freund, er heißt Markus, darum bitten eine Internetseite unter dem Domainnamen...

vote-for-liberty.com (Die Seite gibt es leider nicht mehr)

...einzurichten und zu gestalten. Ich bin mir ziemlich sicher, dass er das tun wird. Auf dieser Internetseite können die Bürger Deutschlands und ganz Europas dann ihre Stimme für Ihre Freiheit abgeben und wenn wir eine Million Stimmen gegen den EU-Reformvertrag eingesammelt haben, dann werden wir dieses Bürgerbegehren den EU-Verantwortlichen vorlegen und so erreichen, dass alle 27 Mitgliedstaaten der EU in geheimen und freien Wahlen sich gegen oder auch für den Vertrag von Lissabon entscheiden können. Gleichzeitig können wir natürlich auch deutsche Stimmen einsammeln, die sich für die Umsetzung des Artikels 146 des Grundgesetzes für die BRD aussprechen.«

»Das klingt sehr gut. Ich bin dabei!«

»Wenn das Buch fertig ist, werden wir die **Mini-Max-Methode** einsetzen, die auch tatsächlich funktionieren kann, wenn jeder einzelne mitmacht und sich selbst dazu verpflichtet diese aktiv umzusetzen!«

»Die **Mini-Max-Methode**?«

»Die **Mini-Max-Methode** ist die kraftvollste und effektivste Art der Werbung, die es gibt. Keine noch so große Werbekampagne eines Milliardenkonzerns ist so effektiv, wie unsere **Mini-Max-Methode**. Dass die **Mini-Max-Methode** tatsächlich funktioniert, wurde Dir, der Du dieses Buch im Moment in Deinen Händen hältst, bereits bewiesen, nämlich dadurch, dass Du gerade darin gelesen hast. Dieses Buch hat Dir sehr wahrscheinlich eine Person geschenkt, die Dir nur Gutes wünscht.«

»Mach es nun genauso, wie es die Person gemacht hat, die Dir dieses Buch geschenkt hat. Bestell es Dir. Allerdings nicht nur einmal, sondern gleich zweimal, denn die **Mini-Max-Methode** basiert auf dem Prinzip: Kleine Ursache mit großer Wirkung. Zwei Bücher!

» Gratis e-Book: Der Vertrag von Lissabon «

Das ist die kleine Ursache, die Du jetzt gesetzt hast und bei einem Einzelpreis von gerade mal 8,95 € (als e-Book nur 3,99€) hast Du lediglich 17,90 € (als ebook nur 7,98) für Deine Freiheit investiert.

Jetzt geht Dir möglicherweise die folgende Frage durch den Kopf: *»Aber was mache ich denn mit zwei Büchern? Ich kann doch nur eins Lesen?«*

»Vollkommen richtig! Ein Buch hast Du ja bereits gelesen, nämlich das Buch, das Du geschenkt bekommen hast.«

»Und was mache ich mit den anderen beiden Büchern?«

Diese zwei Bücher verschenkst Du an zwei Menschen, die Dir persönlich am Herzen liegen. Schreib eine kleine Widmung, die lauten könnte, wie die folgende Widmung, die wir an Dich persönlich richten:

***Wir wünschen Dir und Deinen Lieben
Glück, Harmonie, Gesundheit, Frieden und Freiheit!***

Deine Carina und Dein Bernd

Als nächstes bittest Du die Person, der Du das Buch geschenkt hast, dass sie es möglichst schnell lesen sollte und bitte sie dann darum, die **Mini-Max-Methode** umzusetzen und unter...

vote-for-liberty.com (Die Seite gibt es leider nicht mehr)

... seine Stimme für unser aller Freiheit abzugeben.

»Wenn jeder die **Mini-Max-Methode** umsetzt, dann wird es allen Menschen guten Willens gelingen, gemeinsam durch friedliches Handeln etwas zu verändern. Letztendlich sitzen wir alle im selben Boot. Nur wenn alle wohlmeinenden Bürger in Deutschland und der gesamten EU zusammenstehen, werden wir eine bessere Welt haben. Noch können es sich die Völker Europas herausuchen wohin das Schiffchen steuert. Ob es in eine Diktatur nie da gewesenen Ausmaßes oder in ein goldenes Zeitalter führt, liegt allein in unserer Hand!

Deine Stimme für Freiheit unter (die Internetseite gibt es im Jahre 2022 leider nicht mehr).

»Ich werde gleich in meine Kajüte gehen und meinen guten Freund Markus anrufen, damit er sofort loslegen kann. Wir haben keine Zeit zu verlieren. Außerdem will ich gleich ein paar andere Freunde kontaktieren, damit wir zum Start mindestens 20 Personen sind, die die **Mini-Max-Methode** umsetzen. Wenn dann nämlich jeder 2 Bücher verschenkt und wir es schaffen, das ganze wöchentlich zu duplizieren, dann erreichen wir in nur 16 Wochen über eine Million Menschen mit unserer Idee und haben so die Chance, noch rechtzeitig vor dem Jahreswechsel mindestens eine Million Stimmen für unsere Freiheit gesammelt zu haben.«

»Und ich werde mich sofort an meinen Laptop setzen und schreiben, denn der Beste Zeitpunkt eine neue Idee umzusetzen ist immer **JETZT!**«

Während Carina sich auf den Weg in ihre Kajüte macht, werfe ich ihr noch einen flüchtigen, verträumten Blick hinterher und mache mich sofort an die Arbeit. Dabei wird mir eines klar: »Auch ich werde an mindestens 20 meiner besten Freunde ein Buch verschenken, damit wir unser großes Ziel, unsere Freiheit, noch schneller erreichen werden...«

»**Schlusswort von Bernd M. Schmid**«

Solange wir alle allerdings noch nicht in einem Land leben, wo Milch und Honig fließt und vom Geldsystem abhängig sind, möchte ich Sie noch darauf hinweisen, dass Buchautoren, die sich kritisch der Finanzwelt entgegenstellen oder sich beispielsweise mit Themen wie Spiritualität, Grenzwissenschaften oder auch Hintergrundpolitik beschäftigen, werden nur selten oder gar nicht in Talkshows der »kontrollierten Medien« eingeladen. Wenn dies doch mal vorkommen sollte, dann stehen sie einer Schar von sehr kritischen Gegner gegenüber und werden selten die Chance bekommen auszusprechen, wie uns das Beispiel der Eva Herrmann in der Talkshow von Johannes B. Kerner eindrucksvoll gezeigt wurde.

Das ist auch einer der Gründe, warum diese Buchautoren, also auch ich, noch nicht so bekannt sind – wohlgemerkt noch nicht! –, wie Autoren mit den wohlklingenden Namen wie Steven King, Günther Grass oder andere Bestsellerautoren. Deshalb müssen wir andere Wege gehen, um unsere literarischen Werke der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Beispielsweise als ebook, für das wir eine sehr geringe Kostenbeteiligung – für dieses Buch gerade mal 4,99 € – von unseren Lesern erwarten. Sicherlich könnten wir uns auch durch Werbung finanzieren, doch wären wir dann noch unabhängig und neutral? Wie soll ein Autor über eine neue, revolutionärem, freie Energiequelle berichten, wenn gleichzeitig ein namhafter Erdöl-Konzern in seinem Buch ein paar Seiten Werbung platziert und dafür eine Menge Geld auf den Tisch gelegt hat? Wir sind absolut frei von Werbung, außer wir werben für eigene Buchprojekte oder über die Bücher anderer Autoren, die sich mit dem globalen Umkehrprozess beschäftigen und diesen dadurch unterstützen. Ich erkläre das hier nur aus dem Grund, weil es immer wieder Menschen gibt, die meinen, dass es auf dieser Welt alles kostenlos geben müsste und unsere Arbeiten kopieren und dann entweder einfach weitergeben oder diese sogar im Internet auf den verschiedensten Auktionsplattformen vertreiben.

Ein e-Book weiterzusenden ist ja tatsächlich sehr einfach, doch das widerspricht nicht nur dem 1. Gebot der Abakkaner, dem Gebot des fairen Handels, sondern entzieht den Schöpfern dieser Werke auch jegliche Lebensgrundlage. Der geringe Kostenbeitrag, pro e-Book gerade mal 3,99 €, ermöglicht es uns auch in Zukunft hoch brisante Themen zu behandeln und die Wahrheit an Licht zu bringen.

Ich danke Ihnen, dass Sie in Ihre Freiheit investiert haben und wünsche Ihnen, dass all Ihre Wünsche in Erfüllung gehen und für Sie und Ihre Lieben nur das Beste.

Dein Bernd M. Schmid